

NRW: SCHWARZ-GELBES ENTFESSELUNGSGESETZ SCHAFFT BEIM SONNTAGSSCHUTZ KEINE RECHTSSICHERHEIT

Schutz des Sonntags ist auch Schutz der Freiheit

Weit über 60.000 Unterschriften für den Sonntagschutz konnte die KAB mit der bayerischen Allianz für den freien Sonntag an die Manager von Karstadt und Kaufhof als „Weihnachtsgeschenk“ schicken.

Die Konzernchefs hatten im Sommer unter dem irreführenden Werbeslogan „Selbstbestimmter Sonntag“ eine Kampagne für die völlige Abschaffung der Sonntagsruhe im Handel gestartet. Aus Anlass der Übergabe der Unterschriften kurz vor Weihnachten unterstrich der ehemalige Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, erneut, dass der Sonntagschutz ein Freiheitsschutz des Menschen in einer von Wirtschaft geprägten Gesellschaft sei.

ANHÖRUNG IM NRW-LANDTAG

Zeitgleich sprachen sich bei einer Anhörung zum Entfesselungsgesetz der schwarz-gelben NRW-Landesregierung im Düsseldorfer Landtag die Sonntagsallianz und ver.di gegen eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten aus. „Besonders Familien sind von dem neuen Ladenöffnungsgesetz betroffen, da die gemeinsame Zeit mit der zusätzlichen Sonntagsarbeit weiter eingeschränkt wird“, so KAB-Diözesansekretär Winfried Gather als Vertreter der NRW-Sonntagsallianz bei der Anhörung. Der Versuch der Landesregierung, mit einem sogenannten Entfesselungsgesetz



Damit der Sonntag eine Ausnahme in der Woche und arbeitsfrei bleibt, kämpft die KAB in ganz Deutschland für den Sonntagschutz.

Foto: KAB

Wirtschaftsförderung zu betreiben, indem die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage in den Kommunen verdoppelt und der Anlassbezug aufgeweicht wird, könnte den Kommunen mehr Klagen vor den Verwaltungsgerichten einbringen. Dies ist ein Ergebnis der Anhörung im NRW-Landtag. Die CDU/FDP-Landesregierung in NRW „lässt die Städte und Gemeinden mit der Neufassung des Ladenöffnungsgesetzes letztlich allein. Statt die in der Rechtsprechung herausgearbeiteten verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Ladenöffnung im Gesetz zu konkretisieren, müssen sich künftig Städte und Gemeinden mehr noch als in der Vergangenheit an der

verfassungsrechtlich geprägten Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte orientieren“, so der Münsteraner Verwaltungsrechtler Wilhelm Achelpöhl. Der Städte- und Gemeindebund NRW sowie der Handelsverband NRW hatten die Rechtsunsicherheit und den Verwaltungsaufwand für eine Prognose beklagt, die den höheren quantitativen Stellenwert des Anlasses gegenüber dem Sonntagsshoppping darlegen muss. Achelpöhl betonte, dass das bisherige Ladenschlussgesetz den Kommunen eine größere Rechtssicherheit biete. „Wer eine klare Rechtssicherheit haben will“, so KAB-Diözesansekretär Winfried Gather im Düsseldorfer Landtag, „sollte den

Sonntagsverkauf völlig unterbinden“. Deutlich wurde in der Anhörung, dass das Entfesselungsgesetz weder den Internethandel zurückdrängen noch die Innenstädte beleben wird, sondern ein Instrument der Wirtschaftsförderung ist.

ERFOLG AM HEILGABEND

Dem Anliegen widerspricht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das Land und Kommunen auffordert, den Schutz des Sonntags durchzusetzen. Bundes- und Landesverwaltungsgerichte fordern eindeutig den Gesetzgeber auf, „den Sonntag vor dem Kommerz zu schützen

und nicht für den Kommerz zu öffnen“, so Achelpöhl. Sollte die CDU und FDP das neue Ladenschlussgesetz in Nordrhein-Westfalen umsetzen, werde die Sonntagsallianz sich weiter mit Klagen und Protesten gegen weitere rechtswidrige Sonntagsöffnungen zur Wehr setzen, kündigte der KAB-Sprecher Gather von der Sonntagsallianz an.

Beachtung fand der Aufruf von ver.di und KAB, am Heiligabend die Geschäfte geschlossen zu halten. Viele Geschäfte hielten ihren Laden am Sonntag dem 24.12. geschlossen. In einer WDR-Sendung sprach sich die Mehrheit der Befragten gegen eine Öffnung am 24. Dezember aus.

Betriebsratswahlen: *Macht euch mächtig!*

KAB ruft zur Wahlbeteiligung auf / Unterstützung von der Bischofskonferenz

„Macht euch mächtig!“ Mit diesem Aufruf motiviert die KAB Deutschlands die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben, die kommenden Betriebsratswahlen zu nutzen, um ihre Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter zu stärken. Die regelmäßigen Betriebsratswahlen finden alle vier Jahre statt. Im Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Mai müssen die Wahlen erfolgen. Mit der letzten Wahl 2014 wurden 43 Prozent aller Beschäftigten in der westdeutschen Privatwirtschaft durch einen Betriebsrat vertreten. In den Ostbetrieben waren es lediglich 33 Prozent. „Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Stimme nutzen, um mit einer hohen Wahlbeteiligung ihre Betriebsräte zu stärken, sondern auch, dass in den Betrieben, wo es

noch keine Arbeitnehmervertretungen gibt, die Beschäftigten Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit Gewerkschaften und Kollegen einen Betriebsrat gründen“, so KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung in der Wirtschaft, die die KAB im Krefelder Beschluss „Arbeit.Macht. Sinn.“ beschreibt, sei es dringend notwendig, Betriebsräte zu gründen und die Mitbestimmung auszubauen, so die KAB. Arbeit 4.0 ist zunehmend Teil von globalisierten Produktionsketten und -stätten, die die Arbeit von Betriebsräten komplexer werden lässt. Die KAB setzt sich daher für den Ausbau der Mitbestimmungsrechte ein. „Da gesetzliche Regelungen oft der rasanten schnellen Entwicklung in der Wirtschaft nicht nachkommen, sind -

neben den Tarifpartnern – besonders die Betriebsräte mehr denn je gefordert, in den Unternehmen Betriebsvereinbarungen abzuschließen, um gute Arbeit möglich zu machen“, so der KAB-Bundesvorsitzende. Gemeinsam mit der Betriebsseelsorge will die KAB die Betriebsratswahlen begleiten. Zudem sollen erneut die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zur Beteiligung an den Betriebsratswahlen einen Aufruf verfassen. Die KAB Deutschlands wird die Betriebsratswahlen bundesweit mit Postkarten und Plakaten unterstützen. Ansprechpartner innerhalb der KAB-Aktionen ist KAB-Sekretär Heinz Neff vom KAB-Diözesanverband München (Tel.: 089 55 25 16-40, E-Mail: H.Neff@kab-dvm.de).

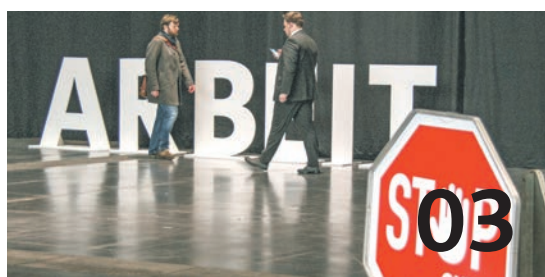
Keine Kohle für Altkumpels

Landesarbeitsgericht lehnt Deputatkohle-Klage ab

Das Landesarbeitsgericht Hamm hat die Klagen von zwei ehemaligen Bergleuten auf eine lebenslange Deputatkohle oder einen Ersatz durch gleichwertige Geldzahlungen abgewiesen. Die Ex-Bergleute halten die 2015 getroffene tarifliche Regelung zwischen RAG und Gewerkschaft für unwirksam. Sie wollen weiter Kohle oder höhere Ausgleichszahlungen, die sich am Beschaffungspreis der Kohle im freien Handel orientieren. Nach dem Aus der Steinkohle Ende dieses Jahres will die RAG ihren etwa 100.000 ehemaligen Beschäftigten nicht mehr die Grattiskohle geben, sondern eine Einmalzahlung. Die klagenden Bergleute wollen dagegen weiter Kohle oder höhere Ausgleichszahlungen, die sich am Beschaffungspreis der Kohle im freien Handel orientieren. Doch das Gericht nannte die Summe „angemessen und

ausreichend“. Auch den Umstand, dass die jährlichen Zahlungen nach 2018 durch eine einmalige Abfindung ersetzt werden sollen, beanstandeten die Richter nicht. Die Kohle-Kläger waren bereits vor den Arbeitsgerichten gescheitert (Impuls berichtete). In einem dritten Fall will das LAG prüfen, ob der Betrag angemessen ist. Die Bergbaurentner, von denen auch einige in der KAB sind, sehen in der Deputatkohle eine tarifliche Regelung für die Altersversorgung. Mit einer Einmalzahlung würde dieser Rentenanteil restlos wegfallen. In Hamm sind derzeit noch 421 Berufungsverfahren rund um das Thema Kohledeputat anhängig. Bereits im Herbst letzten Jahres hatten einige Bergbaurentner ihre Klage wegen schlechter Erfolgsaussichten zurückgezogen.

Vormerken!
6. Oktober 2018
KAB-Aktionstag
für menschenwürdige
Arbeit.



KAB KÄMPFT FÜR WÜRDIGE ARBEIT

Die KAB ruft auf, sich vor Ort für menschenwürdige Arbeit einzusetzen. Aktionstag ist der 6. Oktober.



ZASS PRÄMIERT INTEGRATION

Kettelerpreis-Laudatorin Sr. Lea Ackermann kritisiert Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.



CHANCEN DER SOZIALLEHRE

KAB-Interview mit den Sozialethiker Dr. Jörg Alt SJ über die neoliberale Globalisierung.



Liebe Frauen und Männer in der KAB Deutschlands, unser Augenmerk richtet sich in diesem Jahr auf den bundesweiten Aktionstag am 6. Oktober 2018, dem Vortag des Welttags für menschenwürdige Arbeit.

Denn Arbeit und Tätigsein ist für uns Christ*innen Teilhabe am Schöpfungsauftrag Gottes.

Gleichzeitig ist die Beziehung von Arbeit und menschlicher Würde von zentraler Bedeutung für eine Humanisierung der Gesellschaft. Die menschliche Arbeit hat daher immer auch eine moralische Dimension. Dennoch müssen wir erleben, dass die menschliche Arbeit zunehmend unwürdigen Bedingungen ausgesetzt ist. Profit und nicht der Mensch in seiner Würde ist zum Maßstab der Wirtschaft geworden. Mit der Digitalisierung der Wirtschaft und der Zukunft der Arbeit 4.0 verschärft sich diese unwürdige Situation. Statt den Menschen von der Arbeit zu befreien, führt Arbeit 4.0 zu Angst und prekären Arbeitsbedingungen. Es gilt daher, die Würde des arbeitenden Menschen zu verteidigen. Als Christen müssen wir hinschauen und Zeugnis geben. Ich fordere Sie daher auf, schauen Sie in Ihrer Umgebung, Ihrem Arbeitsplatz, in Banken und Betrieben, in Kauf- und Krankenhäusern, in Werkshallen und Büros genau hin, wie die Bedingungen der arbeitenden Menschen sind.

Ungerechtigkeiten brauchen Öffentlichkeit, wenn sie beseitigt werden sollen. Deshalb machen Sie am 6. Oktober mit, zeigen Sie, dass menschenwürdige Arbeit möglich und nötig ist!

Maria Etz

Maria Etz

IMPRESSUM

112. Jahrgang, Hrsg. KAB Deutschlands



Redaktion und Vertrieb Matthias Rabbe (verantwortl.), Iris Koglin Telefon (02 21) 77 22-1 31 Fax (02 21) 77 22-1 35 Bernhard-Letterhaus-Straße 26 50670 Köln kab-impuls@ketteler-verlag.de

Ketteler-Verlag GmbH Geschäftsführer: Alois Nock Amtsgericht Köln, HRB 34678 Bernhard-Letterhaus-Straße 26 50670 Köln

Gesamtherstellung Heider Druck Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen Joh. Heider Verlag GmbH Susanne Krausewitz E-Mail: krausewitz@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 100.000

Für Termine keine Haftung. Der nächste KAB-Impuls erscheint am 20. März 2018

Letzter Versandtag: 16. März 2018

ISSN 1434-4386 www.ketteler-verlag.de

BUNDESAUSSCHUSS ÜBERARBEITETE DIE BEITRAGSORDNUNG DER KAB DEUTSCHLANDS

Erstbeitrag bleibt in der Vereinskasse

Die Delegierten aus den Diözesanverbänden haben auf der jüngsten Bundesausschuss-Sitzung der KAB Deutschlands die Beitragssatzung überarbeitet. Neben der Aufforderung, Veränderungen im Mitgliedsstatus schneller in die Mitgliederdatei einzupflegen, erhalten die Vereine einen Bonus bei Neumitgliedschaften.

KAB-Vereine können den Erstbeitrag von Neumitgliedern vollständig in der Vereinskasse verbuchen. Neumitglieder werden zwar bereits zum Zeitpunkt des Eintritts erfasst, aber der Erstbeitrag bei Neumitgliedern verbleibt im örtlichen KAB-Verein. Dies beschloss der Bundesausschuss der KAB Deutschlands mit dem Ziel, die Werbeinitiativen vor Ort zu stärken. Mit der Überarbeitung der Beitragsordnung hat der KAB-Bundesausschuss einheitliche Standards für die Mitgliederverwaltung festgeschrieben. „Der Beitrag ist unabhängig vom Eintrittsdatum im jeweiligen Kalenderjahr fällig. Einzelmitglieder zahlen einen Erstbeitrag von 25 Euro. Ehepaare zahlen je Person 15 Euro, zusammen 30 Euro.“ Der anschließende erste Jahresbeitrag wird durch die KAB Deutschlands im Folgejahr berechnet.

MITGLIEDSBEITRAG WIRD ZUM JAHRESBEGINN FÄLLIG

Der KAB-Beitrag ist ein Jahresbeitrag und wird zu Beginn jedes Jahres fällig. So werden Veränderungen im laufenden Jahr, ausgelöst durch Neueintritte, Sozialbeiträge, Kündigungen oder Wechsel des Ortsvereins erst zum 1. Januar des Folgejahres berücksichtigt.



Foto: Rabbe

Werben lohnt sich. Bei jedem Neumitglied bleibt der „Erstbetrag“ im Verein.

Auch das Ende der Mitgliedschaft durch Tod wird erst zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt und die Mitgliedschaft des hinterbliebenen Ehegatten wird als Einzelmitgliedschaft geführt. „Damit werden die Jahresrechnungen übersichtlicher und die Verwaltungsabläufe vereinfacht“, so Hannes Kreller, KAB-Referent für Verbands- und Mitgliederentwicklung. Wichtig sind zeitnahe Informationen an den KAB-Ortsverein beziehungs-

weise an das zuständige KAB-Sekretariat.

MITGLIEDSBEITRAG SCHAFFT ANSPRUCH AUF LEISTUNGEN

Beitragsbestätigungen werden für jedes KAB-Mitglied ausgestellt, wenn der Wunsch auf Bestätigung bis zum 30. September des Jahres dem zuständigen KAB-Sekretariat mitgeteilt wurde. Für die Folgejahre wird die

Beitragsbestätigung automatisch erstellt. Mit dem gezahlten Mitgliedsbeitrag können alle Leistungen der KAB Deutschlands in Anspruch genommen werden.

- Mitbestimmungs- und Vertretungsrechte in den Gremien der Vereine und des Verbandes.
- Vergünstigungen bei Bildungsveranstaltungen, Ferienreisen, Erholungsmaßnahmen.
- Arbeits- und sozialrechtliche Beratung und die Vertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten.
- Versicherungsleistungen (Sachbeschädigungen, Unfälle) bei Aktionen/Veranstaltungen des Verbandes.

ADMINISTRATORENRECHTE FÜR ORTSVEREINE

Mit einer Jahresrechnung und der Abschaffung unterjähriger Beitragsverrechnungen wird die Beitragsabrechnung zusätzlich einfacher gestaltet. Mit einem Administratorenvertrag erhalten die Ortsvorstände einen Zugriff auf die gespeicherten Mitgliederdaten ihres Ortsvereins. Ein Beitrag für mehr Transparenz. Die überarbeitete Beitragsordnung ist einzusehen unter www.kab.de-service-download

KAB-Einsatz für Langzeitarbeitslose

„KAB-Arbeitskreis Betriebsratsarbeit“ kämpft für Langzeitarbeitslose / Bischöfe kritisieren Mittelkürzung

Gut 37 Prozent der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose. Obwohl die Wirtschaft boomt, immer mehr Menschen über Teilzeit und Mini-Jobs in Arbeit kommen, bleibt für die knapp eine Million Langzeitarbeitslosen die Tür zum Arbeitsmarkt verschlossen. Seit 2013 haben Bundesregierung und Jobcenter bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik jährlich 350 Millionen Euro eingespart. Dabei hatte die SPD im Koalitionsvertrag mit der Union 2013 durchgesetzt, die Mittel für die Eingliederung Arbeitssuchender um 1,4 Milliarden aufzustocken. Im Wahlkampf forderte dann endlich Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles von der Union zwei Milliarden Euro für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser. Bis jetzt ist dennoch nichts passiert. Grund genug für den „Arbeitskreis Betriebsrat“ im KAB-Bezirk Hohenstaufen, bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit Druck zu machen. Mit Briefen an die Deut-

sche Bischofskonferenz, Bischof Gebhard Fürst und nicht zuletzt an Papst Franziskus selbst, versuchte der Arbeitskreis, Unterstützung und Öffentlichkeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu mobilisieren. Unterstützung erhält die Arbeitsgruppe um Klaus-Peter Grüner von der Bischofskonferenz. Das DBK-Sekretariat wies in einem Antwortschreiben darauf hin, dass sie gemeinsam mit dem Rat der EKD in der Ökumenischen Sozialinitiative die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit thematisiert habe. Zudem kritisiert sie die Bundesregierung, da das „angemessene Verhältnis von Fördern und Fördern aus der Balance geraten ist“ und im Bereich der Wiedereingliederung die „öffentlichen Mittel gekürzt wurden“. Neben der Ermutigung des Arbeitskreises durch Papst Franziskus, in der er die KAB aufruft, in der Solidarität und dem Kampf gegen Langzeitarbeitslo-



Foto: Rabbe

Langzeitarbeitslose sind immer noch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

sigkeit und Armut nicht nachzulassen, hat auch die Diözese Rottenburg-Stuttgart ihre weitere Unterstützung zugesagt. So fördert das Bistum konkret die „Aktion Martinusmantel“ und deren Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte in der Diözese jährlich mit einer halben Million Euro. Insgesamt

wurde in den letzten 30 Jahren, auch mit großer Hilfe der KAB, für die Integration von Arbeits- und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt über 15 Millionen Euro zusammengetragen. Die neue Regierung, so der Arbeitskreis, muss mehr Mittel zur Wiedereingliederung bereitstellen.

LESERBRIEFE

Die Menschen hatten gewiss keine Schuld

zu: „Kirche-Klima-Kohle“ und „Bürgerwind gegen Windparks“ in Impuls VI-2017

Ich hab mich sehr gefreut, genauer gesagt, es ist äußerst wichtig, dass das CO₂-Thema zum Aufmacher wurde. Das ist richtig verstandener Schöpfungsauftrag.

Heiner Müller-Ermann

Leider werden in der Enzyklika „Laudato Si“ auf Seite 118 die energiepolitischen Vorstellungen von Herrn Schellnhuber kritiklos übernommen, denen die in den deutschen Kern- und

Kohlekraftwerken tätigen und unserem KAB-Verband angehörigen Fachleute der Energieversorgung, übrigens seit über 100 Jahren die zuverlässigste der Welt, sicher allesamt nicht folgen können. Im Übrigen folgt auch kein einziges Land der Erde unseren Energiewende-Strategiezielen. Als KAB-Mitglied in dritter Generation muss ich sehr beklagen, dass sich die „IMPULS“ ebenfalls dem „grünen“ Zeitgeist in recht unkritischer Weise angediebert hat. Wir Europäer und insbesondere wir Deutschen sollten mehr in Demut bekennen, dass sich zwar vieles mit dem Klimawandel verändert, ebenso wie sich die Welt seit vielen tausend Jahren ständig verändert hat, ohne dass der

Mensch daran auch nur ein Jota Anteil hatte. Die Insel Rungholt in der Nordsee z. B. wurde im 14. Jahrhundert mit der zweiten Marcellusflut am 16. Januar 1362 und gänzlich mit einer der folgenden Sturmfluten vollkommen verschluckt. Menschen hatten daran gewiss keinen Schuldanteil, die Dampfmaschine war noch lange nicht erfunden, aber die dortigen Bewohner sind wohl allesamt elend ertrunken. Für Küstenschutz waren weder Geld noch technische Voraussetzungen vorhanden. Wenn wir heute riesige Geldmittel ausgeben, um den „Klimawandel“ möglicherweise zu mindern oder gar zu verhindern, ist das unverantwortlich, denn diese Mittel stehen zur Linderung der Not vieler armen Men-

schen auf dieser Erde und für aktive Schutzmaßnahmen nicht mehr zur Verfügung.

Prof. Ing. Helmut Alt, Aachen, ehemaliger RWE-Ingenieur

Benötigt zur Versorgung der Bundesrepublik an installierter Leistung werden etwa 69 Gigawatt (GW) (entsprechend 600 TWh/a Jahresstrombedarf). Installiert an regenerativen Energieanlagen sind bereits mehr als 100 GW, die bei guter Wind- und Sonnenscheinsituation wesentlich mehr Strom liefern, als benötigt wird und daher der Überschussstrom abgeregelt werden muss, was der Verbraucher aber bezahlen muss.

Dr. Wilhelm Schäfer, Witten



FACHTAGUNG „FAIRE ARBEIT. WÜRDE. HELFEN.“ DECKT MENSCHENUNWÜRDIGE ARBEIT WELTWEIT AUF

„Globalisierungsversprechen ist gescheitert“

Sozialethiker Franz Segbers: Prekäre Arbeit ist Konzept des Neoliberalismus / Öffentlichkeit herstellen

Die Menschenwürde ist Grundlage und Ziel aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen. Dies muss besonders für die Arbeit gelten, meinte der Sozialethiker Franz Segbers in einem Vortrag auf der Fachtagung „Faire Arbeit. Würde. Helfen.“, die das Weltnotwerk der KAB in Zusammenarbeit mit dem Bischöflichen Hilfswerk Adveniat und der KAB-Bildungsstätte Gottfried-Könzgen-Haus in Haltern durchführte. „Arbeit und Tätigsein ist Teil des Menschseins und ist daher keine Ware“, so Segbers. Dieser Anspruch an eine menschenwürdige Arbeit werde aber im starken Maße verletzt. „Wir erleben eine strukturelle Entwürdigung der Arbeit. Das Versprechen, dass die Globalisierung Wohlstand für alle schaffe, hat sich nicht erfüllt! Im Gegenteil. Prekäre Arbeit ist ein systematisches Konzept des Neoliberalismus geworden. Seitens der Wirtschaft

wird eine Kommerzialisierung der Arbeit vorangetrieben. Statt einem unternehmerischen Risiko werde der Gewinn vorgegeben. Um diesen Gewinn zu erzielen, musste die Arbeit flexibilisiert und entwertet werden. Die Welt werde immer ungleicher. In Evangelium Gaudi spricht Papst Franziskus von einer „Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne wirklich menschliches Ziel“, erklärte der Sozialethiker.

AUSBEUTUNG IN BRASILIEN

Dass der Kampf für menschenwürdige Arbeit ein internationaler Kampf ist, machte die Tagung in Haltern deutlich. So berichtete Pater Frei Xavier Plassat über Sklavenarbeit in Brasilien. Als Koordinator des Landpastorals der katholischen Kirche organisiert Xavier Plassat ein Netzwerk im Kampf gegen die Sklavenarbeit, die besonders auf dem Land verbreitet ist. Orlando Luis Machado aus Venezuela hat die Ausbeutung am eigenen Leib erlebt. Als Jugendlicher musste er sich als Lastenträger auf dem Markt Las Pulgas von Maracaibo anbieten, wie es heute immer noch Kinder und Jugendliche aus den Elendsvierteln tun müssen, um ihre Familien mit zu ernähren. „Das ist bei uns ein Job, den nur diejenigen übernehmen, die keine Chance auf eine andere Arbeit haben. Ein Knochenjob, ohne geregelte Arbeitszeiten, schlecht bezahlt, ohne Pausen, ohne Schutz oder Versicherung“, erzählte Machado, der im Auftrag der HOAC die Jugendlichen einläd, um sie über ihre Rechte aufzuklären. „Ich habe gelernt, wie wichtig die Solidarität der Arbeiter untereinander ist. Nur



CAJ-Sekretär Machado informiert junge Lastenträger in Venezuela . Foto: Bello

gemeinsam können wir unsere Rechte einfordern“, weiß der heutige Generalsekretär der Weltbewegung Christlicher Arbeiterjugend.

MODERNE SKLAVENARBEIT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Doch auch in Deutschland sieht es für tausende Arbeiterinnen und Arbeiter nicht besser aus. Völlig legale Arbeitsmarkt-Instrumente wie Werkverträge und Zeitarbeit werden mitten in der „Sozialen Marktwirtschaft“ massenhaft missbraucht. „Man muss von Ausbeutung und moderner Sklaverei sprechen“, meint Peter Kossen. Stammebelegschaften werden in der Fleischindustrie durch Scheinselbstständige von Subunternehmern ersetzt. Osteuropäische Arbeiter aus

Bulgarien, Rumänien oder Polen leben unter unwürdigen Bedingungen und müssen für Hungerlöhne arbeiten. Sie sind den skrupellosen Geschäften der Subunternehmer ausgeliefert und bei den Fleisch- und Schlachthöfen von Tönnies, Westfleisch, Danish Crown, der Müller-Gruppe oder VION tauchen die Werkvertragsarbeiter nicht als Personal-, sondern Sachkosten auf. Dass es auch anders geht, zeigen nicht nur die anderen EU-Länder, wo der Staat Gesetze, Regeln und scharfe Kontrollen veranlasst hat, sondern auch der Fleischereibetrieb Brand Qualitätsfleisch GmbH & Co KG in Lohne. „Wir arbeiten nur mit Festangestellten“, erklärte Inhaber Paul Brand auf der Tagung. Der Betrieb im Oldenburger Münsterland verzichtet

auf Subunternehmer und Werkvertragsnehmer. „Von Mitbewerbern auf dem Fleischmarkt musste ich mir oft sagen lassen, dass wir ohne diese Tricks keine zwei Jahre überstehen“, berichtete Paul Brand und fügte stolz hinzu: „Wir sind immer noch da!“ Das Familienunternehmen wurde in den 1930er-Jahren gegründet, setzt auf Qualität und regionale Anbindung zu den Bauernhöfen. Respekt gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Wertschätzung der Fleischprodukte sind dem Unternehmer wichtig und er kritisiert, dass in Deutschland das Fleisch am billigsten in Europa ist.

ÜBERWACHUNG BEI AMAZON

Misstände müssen angeprangert und öffentlich gemacht werden, forderte Betriebsseelsorger Erwin Helmer. So meldete jüngst die Sendung Panorama, dass im neuen Amazon-Verteilwerk in Winsen an der Luhe Mitarbeiter elektronisch überwacht werden. Die Daten können zur Leistungskontrolle genutzt werden, da die Mitarbeiter Zielvorgaben bekommen, wieviel Arbeitsschritte sie in einer Stunde zu erledigen haben. Der Augsburger KAB-Diözesanpräses Hemer hatte auf die unwürdigen Arbeitsbedingungen und fehlende Tarifverträge bei Amazon in Augsburg aufmerksam gemacht. Und nicht zuletzt konnte KAB-Mitglied Norbert Faltin als Betriebsrat bei Amazon Koblenz Sonntagsarbeit verhindern. Aufklärung, Öffentlichkeit und die Kaufentscheidung der Verbraucher können Politik und Unternehmen zwingen, Regelungen für menschenwürdige Arbeit einzusetzen.



Prof. Franz Segbers in Haltern

Foto: Rabbe

Textilindustrie: Faire Löhne umsetzen statt versprechen

Als im Jahr 2013 in Bangladesh Textilfabriken einstürzten und brannten und dabei über tausend Näherinnen und Näher, die auch für den deutschen Markt produzierten, starben, sah sich nicht etwa Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, sondern Entwicklungsminister Gerd Müller genötigt, etwas zu tun. Am 14. Oktober 2014 gründete der CSU-Politiker das deutsche Textilbündnis, dem heute 149 Organisationen angehören. Mit dabei sind Handelsketten, Mode-Firmen, Behörden und Hilfsorganisationen. Zu den Unternehmen gehören Modemarken wie Hugo Boss, Adidas oder Gerry Weber, aber auch die Discounter Aldi, Lidl, KiK, H&M oder der umstrittene Billigmarkt Primark und Nichtregierungsorganisationen wie Oxfam oder 'terre des hommes'.

So breit wie das Mitgliederspektrum ist auch die Aufgabenstellung, die sich das Textilbündnis gegeben hat. Fast zwei Jahre hat das Bündnis, das sich in Arbeitsgruppen eingeteilt hat, gebraucht, um Ziele zu formulieren. So sollen die Sozialstandards in den Fabriken der Produktionsländer ebenso angegangen werden wie Menschenrechte und Umweltschutz. Discounter Aldi Nord hat sich vorgenommen, den Anteil nachhaltiger Baumwolle zu verdoppeln. Und KiK will aus den Erfahrungen in Bangladesh lernen und führt mit 50 Prozent seiner pakistanischen Lieferanten Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen zu den Themen Lohnsteigerungspotenziale und Vermeidung exzessiver Überstunden



Faire Löhne und menschenwürdige Arbeit in der Textilindustrie.

Foto: fairtrade

durch. Bisher blieb es im Hinblick auf bessere Sozialstandards nur bei Absichtserklärung. Die Arbeitsbedingungen in den asiatischen Subunternehmen zu verbessern, wurde unverbindlich abgefasst. Weiterhin sind faire Löhne für die Betroffenen im fernen Asien in weiter Ferne. So kritisierte Grünen-Politikerin Renate Künast, dass die laschen Selbstverpflichtungen wenig Ehrgeiz belegen. Dies bemängelt auch die Textilexpertin von Greenpeace, Alexandra Perschau: „Das geht alles viel zu langsam. Das muss schneller gehen.“ Besser als die freiwilligen Vereinbarungen des Textilbündnisses wären nach ihrer Auffassung strikte und konkrete gesetzliche Regelungen.

KAB: Unwürdige Arbeit vor Ort aufdecken

„Arbeit ist eine Grundbestimmung menschlichen Lebens. Sie hat einen besonders hohen Stellenwert, nicht allein deswegen, weil sie Mittel zur Unterhaltsbeschaffung (Existenzsicherung) ist. Wesentlich kommt hinzu, dass Arbeit in jeder geschichtlichen Epoche die Gestaltung von Gesellschaft und deren Entwicklung beeinflusst hat und dass sie in einem Zusammenhang der Anerkennung und Entfaltung menschlicher Würde gesehen werden muss.“

Der Auszug aus der Präambel des KAB-Grundsatzprogramms von 1996 macht deutlich, dass menschenwürdige Arbeit für die Frauen und Männer in der KAB „Dreh und Angelpunkt“ aller sozialen Fragen ist. „Die Arbeit gehört zum Menschen. In Gemeinschaft mit anderen verwirklichen Frauen und Männer ihre unvergleichbare Würde als Abbild Gottes durch Arbeit“, so das Grundsatzprogramm weiter. Doch diese Würde des Menschen in der Arbeit gerät mit der derzeitigen Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft hin zu einer Gesellschaft 4.0 und Arbeit 4.0 erneut unter Druck. Entlassungen, Personalabbau, erhöhter Stress, prekäre Minijobs unter unwürdigen Bedingungen sind die Folge. „Arbeit 4.0 – Menschenwürde sichern“ lautet daher auch der Arbeitsschwerpunkt für 2018/2019.

KAB-AKTIONSTAG AM 6. OKTOBER

Im Vorfeld des diesjährigen Erntedankfestes und des Welttages für menschenwürdige Arbeit ruft die KAB

Deutschlands am Samstag, dem 6. Oktober, zum bundesweiten Aktionstag auf. Alle Mitglieder sind aufgerufen, vor Ort, in Betrieben, Krankenhäusern, Büros und Fabriken genau hinzuschauen, unter welchen Bedingungen die menschliche Arbeit geleistet wird oder unter welchen Bedingungen Produkte und Waren hergestellt werden. Positive und negative Beispiele sollen sichtbar gemacht werden, um Veränderungen zu erreichen.

VEREINE MACHEN MIT!

Dabei soll besonders der Blick auf die aktuellen Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch die zunehmende Digitalisierung gerichtet werden. Unterstützt wird dies mit dem Arbeits- und Lesebuch, das demnächst erscheint und wichtige Anregungen für die Vereine und Ortsgruppen bereitstellt. Betriebsbesuche unter dem As-

pekt der Digitalisierung im Unternehmen, Podiumsdiskussionen über Auswirkungen von Arbeit 4.0 oder Gesprächsrunden mit Betriebsräten, Unternehmern, Gewerkschaftern und Politikern helfen, das wichtige Thema der menschenwürdigen Arbeit unter den Bedingungen der vernetzten und digitalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt aufzuzeigen.

FOTO-AKTION FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT 4.0

Fotos von den vielen unterschiedlichen Aktionen und Aktivitäten können per E-Mail an die KAB Deutschlands geschickt oder auf ihrer Vereins-Webseite dargestellt werden. „Damit unser Aktionstag zu etwas ganz Großem wird, ist eine Beteiligung von vielen Frauen und Männern der KAB notwendig“, betont Maria Etl, Bundesvorsitzende der KAB.



Ist die neue Arbeitswelt auch menschenwürdiger?

Foto: Rabbe



Warme Mahlzeit für viele Bedürftige

Georgsmarienhütte. Es war der 6. Dezember, der Nikolaustag, als die KAB Heilig Geist Oesede den Testlauf bei „Mama Döner“ startete. Für das KAB-Projekt „Mahlzeit für Bedürftige“ konnte Vereinsvorsitzende Monika Giesecking eine Lösung finden. Zwar gab es bereits 2005 im Josefsheim eine Mahlzeit für Obdachlose, doch nun hat die KAB einen neuen Anlauf genommen, die Versorgung erneut zu sichern. Komplett in der Regie der KAB will der Verein mit Spenden und weiterer Unterstützung die Finanzierung auf Dauer sichern. Beiträge der Mitglieder werden nicht in Anspruch genommen, versichert Giesecking. Anfangs sollen nur Berechtigte im erwerbsfähigen Alter ohne festes Einkommen und ohne festen Wohnsitz einen Anspruch auf drei Mahlzeiten haben. Für eine Ausweitung an weitere Bedürftige bräuchte der KAB-Ortsverein noch mehr Unterstützung.

Erna Groll ist jetzt Landtagskandidatin

Kempten/München. Nach der Wahl ist vor der Wahl. Bereits im Bundestagswahlkampf hat sich die KAB-Landesvorsitzende von Bayern, Erna-Kathrein Groll (Foto), entschieden, als Kandidatin von Bündnis90/Die Grünen für die kommende Landtagswahl in Bayern im Oktober anzutreten. Für die engagierte Kemptenerin sind die Themen der KAB auch wichtig für die Politik in Bayern. So will sie sich für mehr Pflegeplätze und eine bessere Versorgung durch mehr Pflegepersonal einsetzen. Ihre Arbeit im Landtag will die KAB-Landesvorsitzende „lösungsorientiert, nachhaltig und ehrlich“ angehen.



120 Jahre Frauen in der KAB Passau

Passau. Ende letzten Jahres erinnerten Frauen aus dem KAB-Diözesanverband Passau an die 120-jährige Geschichte der Frauen in dem katholischen Sozialverband. Im August des Jahres 1897 hatte sich der erste katholische Arbeiterinnen-Verein gegründet. Er gilt wohl als der erste Arbeiterinnenverein weltweit. Zum 120-jährigen Jubiläum hatte Diözesanvorsitzende Angelika Görmiller in die Andreaskapelle des Passauer Doms zu einer Andacht geladen. Ende des 19. Jahrhunderts hatten die katholischen Arbeiterinnen vor allem auf Bildung gesetzt. So formierten sich die Arbeiterinnen in Vereinen und gaben sich so ein öffentliches Gesicht, um einerseits „Frömmigkeit und Tugend“ zu nähren, aber auch andererseits um „Versammlungen zur Belehrung“ durchzuführen. Ziel war es, die Mitglieder und ihre berechtigten Interessen öffentlich zu vertreten. Mit einer Altstadtführung unter dem Motto „Starke Frauen - von renitenten Nonnen bis Emerenz Meier“, einer örtlichen Schriftstellerin des 19. Jahrhunderts, endete das Jubiläum.

Ziel ist Ende der Zwei-Klassen-Medizin

KAB unterstützt Forderung nach Bürgerversicherung / GKV befürchtet Nachteile für gesetzlich Versicherte

Köln/Berlin. Im vergangenen Herbst hatte die KAB im Erzbistum Köln sich klar für eine Bürgerversicherung auf ihrem Diözesantag ausgesprochen. Unter dem Motto „Solidarisch und gerecht – Eine Bürgerversicherung für alle“ hatten die Delegierten einstimmig dafür gestimmt, alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen, um das Ende der Zwei-Klassen-Medizin einzuläuten. Mit den Sondierungsgesprächen hat sich auch die SPD deutlich für eine paritätische Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung ausgesprochen. Zudem sieht der Parteitagbeschluss von Dortmund eine einheitliche Honorarordnung für Ärzte vor.

Die KAB Deutschlands sieht in dem Anliegen der SPD einen wichtigen Schritt in Richtung eines sozialgerechten Gesundheitssystems. „Die Politik darf sich einer solidarischen Lösung im Bereich der Sozialversicherungen nicht verschließen“, erklärte KAB-Bundes-



Nach den Sondierungsgesprächen steht die Ampel wieder auf Rot. Foto: fotolia

vorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Enttäuscht zeigte sich der KAB-Chef, dass die SPD das Thema Bürgerversicherung in den Sondierungsgesprächen mit der Union nicht zu einem Tagesordnungspunkt ge-

macht hat. Blockade gibt es nicht nur bei der Union, auch der Ärzte- und Beamtenbund sowie Arbeitgeberverbände warnten in großen Anzeigen vor der Einführung einer Bürgerversicherung. Selbst die gesetzliche Kranken-

versicherung, GKV, sieht Schwierigkeiten bei einer Einführung der Bürgerversicherung und erklärt, dass die Probleme der privaten Krankenversicherung (PKV) nicht auf dem Rücken der gesetzlich Versicherten ausgetragen werden dürfen. GKV-Vorstandsvorsitzende Doris Pfeiffer hatte dabei vor allem Überlegungen im Blick, dass privat versicherte Beamte individuelle Wechseloptionen in die gesetzliche Krankenversicherung bekommen sollen. Zudem sollen die höheren Arzthonorare für Privatversicherte, so die Überlegungen, möglicherweise zu Lasten gesetzlich Versicherter angeglichen werden, falls die PKV abgelöst wird. Schon heute hat die PKV große Finanzprobleme, da auch die jungen Beitragszahler in der privaten Krankenversicherung älter und kränker werden. Sie müssen in Zukunft mit Leistungskürzungen rechnen. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das sich zwei Versicherungssysteme im Gesundheitsbereich leistet.

Familienpolitik ist keine Wirtschaftspolitik

Düsseldorf. „Familienpolitik ist keine Wirtschaftspolitik“, betont die Münsteraner KAB-Sekretärin Ulrike Klorer im Gespräch mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion Ende letzten Jahres. Bei dem Treffen von Frauen und Männern der KAB Recklinghausen und der pädagogischen Mitarbeiterin für Familienbildung des Gottfried Könzgen-Hauses, Laura Schudoma, mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag stand das Thema Familie im weitesten Sinne auf dem Programm. Schwerpunkt in den intensiven Gesprächen mit den Sozialdemokraten Anja Butschkau, Dennis Maelzer und Frank Müller vom Ausschuss „Familie, Kinder und Jugend“ war der oft einseitige wirtschaftsbezogene Blick auf Frauen und Familie. Wirtschaftsverbände und auch die Politik sehen in der Familienpolitik nur Wirtschaftspolitik, kritisierte Ulrike Klorer. Zu oft werde die Familie unter das Primat der Verfügbarkeit der Arbeitskraft Frau für die Wirtschafts- und Arbeitswelt gesehen. Kinderbetreuung und Öffnungszeiten von Kindergärten würden zunehmend unter das Zeitdiktat einer Rund-um-die-Uhr-Wirtschaft gestellt. Die KAB hingegen fordere eine familiengerechte Arbeitswelt. Diese Auffassung teilt auch Dennis Maelzer: „Nicht die Familie muss arbeitsmarktgerechter funktionieren, sondern der Arbeits-

markt und die Arbeitszeiten müssen familiengerechter gestaltet werden!“ Zu einer familiengerechten Arbeitszeit, so Wolfgang Wagner, stellvertretender KAB-Bezirksvorsitzender, gehöre die Möglichkeit von Frauen und Männern von der Vollzeitbeschäftigung in die Teilzeitarbeit zu wechseln und natürlich umgekehrt, beispielsweise nach der Kinderphase, wieder zurück in Vollzeit zu wechseln.

KNACKPUNKT KINDERGRUNDEINKOMMEN

Derzeit gehe das Elternteilzeitgesetz und das Teilzeitarbeitsgesetz nicht Hand in Hand. Die Forderung der SPD nach Rückkehr in die Vollzeit scheiterte bisher an der Blockadehal-

tung der Union. Die drei SPD-Landtagsabgeordneten versicherten, ihre politische Arbeit auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verstärken und neue Modelle für die Kinderbetreuung zu erarbeiten. Keine Einigkeit konnte zwischen der SPD und der KAB bei der Frage der Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland erreicht werden. Die KAB-Vertreterinnen und Vertreter favorisieren das Modell des elternunabhängigen Kindergrundeinkommens, dagegen setzten die NRW-Sozialdemokraten auf das Modell der Kindergrundsicherung. „Grundsätzlich“, so SPD-Ausschussmitglied Frank Müller, „müsse die Familiensituation konsequent von den Kindern und nicht mit einem Ehegattensplitting von der Institution „Ehe“ her gedacht werden.



Gespräche über Familienpolitik führte die KAB Münster im Landtag. Foto: KAB

Neue Sekretärin

Ingolstadt. Seit Ende letzten Jahres hat der KAB-Kreisverband Ingolstadt Verstärkung bekommen. Sara Weidenhiller ist neue KAB-Diözesanssekretärin und betreut die Kreisverbände Eichstätt und Ingolstadt. Weidenhiller unterstützt Teresia Geier und Franz Knödl bei ihrer Vorstandsarbeit im Kreisbezirk.

Verdienstkreuz für Sozial-Engagement

Nürnberg. Das ließ sich der mögliche zukünftige Ministerpräsident des Freistaates Bayern nicht nehmen. Als gebürtiger Nürnberger überreichte Heimatminister Markus Söder im Namen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier KAB-Mitglied Elmar Thiele sowie vier weiteren Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern das Bundesverdienstkreuz mit Ehrenzeichen. Elmar Thiele pflegt nicht nur seit vier Jahrzehnten seine schwerbehinderte Ehefrau. Das engagierte KAB-Mitglied, das bereits mit der CAJ-Jugend zum katholischen Sozialverband kam, ist seit 1966 aktives Mitglied der KAB in St. Rupert im Diözesanverband Eichstätt. Darüber hinaus ist der passionierte Sänger Thiele auch Ansprechpartner für Mitglieder und Interessierte im Nürnberger Ortsverband.

Keine Todesstrafe weltweit

Offenburg. Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hat die KAB in Offenburg gefordert. Ein freies Leben kann sich nur ohne Gewalt entfalten. Gemeinsam mit anderen Verbänden und dem örtlichen Frauennetzwerk hatte sich die KAB-Offenburg am internationalen Gedenktag „NEIN zu Gewalt gegen Frauen“ an einer Fahnenaktion vor dem historischen Offenbacher Rathaus beteiligt. Gemeinsam mit terre des femmes diente die Aktion bundesweit Öffentlichkeit gegen Gewalt an Frauen herzustellen. Insgesamt haben sich 7500 Städte an dem Aktionstag beteiligt. Wie notwendig die Diskussion ist, zeigt der steigende Bedarf an Plätzen im Ortenauer Frauenhaus. Die KAB sprach sich am Aktionstag für die kör-

perliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht für jede Frau aus. Gleichzeitig forderten die KAB-Vertreterinnen an dem Aktionstag die Abschaffung der Todesstrafe für Frauen und Männer weltweit. Noch vor der gegenwärtigen „Me-too-Aktion“ in den sozialen Medien hat sich das Netzwerk gegen sexualisierte Gewalt ausgesprochen. So musste der Verein „Aufschrei“ berichten, dass 160 Mädchen und Frauen aufgrund sexualisierter Gewalt Hilfe und Unterstützung in dem Verein gesucht hatten. Gewalt gegen Frauen habe viele Gesichter, sie mache nicht vor Grenzen, Konfessionen und Regionen Halt. So müsse bereits die Gewalt in der Erziehung der Kinder verboten werden.

Sozialtage: Kein Land zuerst

Lörrach/Freiburg. Das Thema „Europa“ spielte Ende des Jahres auf den Südbadener Sozialtagen der KAB im Bistum Freiburg eine wichtige Rolle. Provokant hatte die KAB unter dem Titel „Euroland abgebrannt?“ den Europapolitiker Sven Giegold in die Grenzregion zwischen Schweiz und Frankreich eingeladen. Doch weder politisch noch finanziell wollte der Grünen-Politiker aus Düsseldorf diese provokante These stehen lassen. In seinem Referat und der anschließenden Diskussion hatte Giegold darauf verwiesen, dass Europa gestärkt werden muss. „Wir brauchen eine gemeinsame Steuerpolitik in Europa, die Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität den Kampf

ansagt“. Schließlich brauche Europa dringend Zukunftsinvestitionen und Mittel für den notwendigen sozialen Ausgleich. „Wir brauchen mehr Solidarität, aber wir brauchen auch mehr gemeinsames Handeln“, so Giegold, der zwar eine Stabilisierung in Europa erkennt, aber die eigentliche Krise noch nicht überwunden sieht. Deshalb sei eine Abschlottungspolitik nicht vertretbar. Die globalen Herausforderungen wie die Situation der Flüchtlinge oder die Klimaveränderungen ließen sich mit einer Politik „Mein oder unser Land zuerst“ nicht bewältigen. Im Gegenteil, solch eine Politik, wie sie Polen oder die USA betreiben, führe dazu, dass am Ende alle verlieren, erklärte Sven Giegold in einem Vortrag.



KAB gegen Abschaffung des Sozialtickets

Landesarbeitsgemeinschaft der KAB übt heftige Kritik an der Sozialpolitik der NRW-Landesregierung

Düsseldorf. Zuerst die gute Nachricht: Das Sozialticket in Nordrhein-Westfalen bleibt. Wofür die KAB im Diözesanverband Köln, Sozialverbände und die Caritas NRW jahrelang gekämpft hatten und für landesweit zwei Millionen Menschen die Möglichkeit eröffneten, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, wollten Ministerpräsident Laschet und sein Verkehrsminister in die Tonne hauen und die Kosten einsparen. Das NRW-Sozialticket gibt es seit 2011. Die SPD-geführte Landesregierung hatte die Bus- und Bahnfahrten gemeinsam mit den Verkehrsverbünden mitfinanziert, sodass für die zwei Millionen Bezieher von Hartz IV Leistungen und Asylberechtigte nur die Hälfte eines regulären Monatstickets aufzubringen waren. In Anspruch genommen haben das Sozialticket 300.000 Frauen und Männer. NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) wollte die Zuschüsse schrittweise zurückfahren. Dies schreckte nicht nur SPD und Grüne auf, die das Ticket seinerzeit eingeführt hatten, sondern auch die landesweiten Verkehrsunternehmen. Sie erklärten, dass mit der Einsparung und dem Wegfall des Landesanteils, das Sozialticket nicht mehr zu halten sei. Die Möglichkeit für



Vor dem NRW-Landtag setzt sich auch die KAB-Düsseldorf für den Erhalt des Sozialtickets ein. Foto: fifty-fifty

ALG II-Bezieher, den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu vergünstigten Konditionen zu nutzen, wäre so defacto abgeschafft. „Wir sind empört über die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung, die Zuschüsse bis 2020 abzuschaffen. Die bisherigen Landesmittel von 40 Millionen Euro können auf keinen Fall durch die Kommunen oder Verkehrsbetriebe aufgebracht werden. „Hier steht das Land in der Verantwortung“, hatte Uwe Temme, Diözesanvorsitzender der KAB-Köln und Sprecher der KAB-Landesarbeitsgemeinschaft NRW, direkt nach Bekanntgabe der Einsparungspläne erklärt. Anfang

Dezember musste die Landesregierung auf Grund des öffentlichen Drucks in Nordrhein-Westfalen und auch vor dem Landtag zurückrudern. Zudem gab es Proteste in mehreren Städten. 40.000 Unterschriften kamen in kürzester Zeit zusammen, so dass die Landesregierung daraufhin versprach, den Zuschuss für das Jahr 2018 beizubehalten. **KAB: ECHTES SOZIALTICKET MUSS HER**

Gemeinsam mit dem Initiativkreis Armut in Düsseldorf engagiert sich die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung seit Jahren für das Sozialticket in NRW,

denn Mobilität sichert soziale Teilhabe. „Im Regelsatz von 409 Euro für ALG II- und Sozialhilfebeziehende sind lediglich 27,39 Euro für den Personennahverkehr vorgesehen. Wenn sich Leistungsberechtigte heute ein Sozialticket zum Monatspreis von 37,80 Euro kaufen, müssen sie schon 10 Euro bei anderen Bedarfen zum Lebensunterhalt einsparen“, erklärt KAB-Diözesansekretär Winfried Gather. Er setzte sich dafür ein, dass maximal der im ALG II-Bezug festgelegte Satz für den Personennahverkehr auch für das Sozialticket festgeschrieben wird. Um Teilhabe am öffentlichen Leben zu gewährleisten, wie es das Gesetz vorgibt, soll außerdem der Kreis der Anspruchsberechtigten für das Ticket auf Personen mit Niedrigeinkommen ausgeweitet werden. Etwa indem Bezieherinnen und Bezieher von Einkommen, das unterhalb der Pfändungsfreigrenze plus 10 Prozent liegt, anspruchsberechtigt werden. „Wir, die KAB in NRW, fordern daher Regierungschef Armin Laschet auf, das Sozialticket nicht nur dauerhaft zu erhalten, sondern endlich auch eine sozialverträgliche Finanzierung zu sichern. Für Menschen mit geringem Einkommen darf Mobilität nicht zum Luxus werden!“, fordert KAB-Sprecher Uwe Temme.

Klare Signale an Regierung

Münster/Heiden. Brigitte Lehmann ist erneut zur Vorsitzenden des KAB-Diözesanverbandes Münster gewählt worden. Die 200 Delegierten wählten auf dem Diözesantrag in Heiden die 61-jährige Buchhalterin aus Geldern mit großer Mehrheit. Auch Elisabeth Hönig aus Ascheberg und Bernhard Kemper aus Oelde wurden als Stellvertreter*innen wiedergewählt. Neben den ehrenamtlichen Diözesanleitungsmitgliedern gehören Diözesanpräses Pfarrer Michael Prinz und Diözesansekretär Hermann Hölscheidt zum fünfköpfigen Leitungsteam. Die Delegierten des Diözesantrages stellten in Anträgen und Beschlüssen ihre gesellschaftspolitischen Forderungen vor. So steht für den Diözesanverband Münster der Schutz des arbeitsfreien Sonntags nicht zuletzt wegen

der aktuellen Gesetzgebung in Nordrhein-Westfalen ganz oben auf der Agenda. Die KAB will sich dafür einsetzen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Ausweitung der Ladenöffnungen an Sonntagen zurücknimmt. An die neue Bundesregierung richteten die Delegierten deutliche Signale in der Sozialpolitik. So muss, um der Altersarmut besonders bei Frauen zu begegnen, das Rückkehrrecht von der Teilzeitarbeit in die Vollzeitarbeit festgeschrieben werden. Außerdem fordert die KAB, dass die rentenrechtliche Absicherung von familiär und ehrenamtlich tätigen Pflegepersonen deutlich verbessert wird. Altersarmut aufgrund von unbezahlter Pflegeleistung darf es, so der Sozialverband, nicht geben.



Die Diözesanleitung mit Bernhard Kemper, Präses Michael Prinz, Elisabeth Hönig, Brigitte Lehmann und Hermann Hölscheidt. Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Behrmann gratulierte der neuen Leitung. Foto: KAB

CAJ-Leitungsrat legt die künftige Marschroute fest



Die Teilnehmer des CAJ-Leitungsrates mit Jugendbischof Stefn Oster (Mitte). Foto: CAJ

Passau. Der Leitungsrat der Christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Jugend (CAJ) will die Aktion „fair statt prekär“ auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Auf ihrer jüngsten Sitzung Ende letzten Jahres in Passau legte der CAJ-Leitungsrat die Marschroute für die nächsten Jahre fest. Diese drückt sich in sogenannten Praktiker aus, sprich einer Arbeitsgruppe, in der sich CAJlerinnen und CAJler aus verschiedenen Diözesen zusammenschließen, um sich einer spezifischen Aufgabe anzunehmen. Folgende Praktiker-Aufgaben wurden beschlossen: Neben der Fortführung der Aktion „fair statt prekär“ wird die Praktikergruppe Welt nah sich um die Beziehungen mit CAJ-Gruppen aus anderen Ländern intensiv kümmern, die Praktikergruppe Netz-

spinner wird sich mit der Aktualisierung der Homepage (www.caj.de) befassen und eine weitere Praktikergruppe Geschichtsliederbuch wird in nächster Zeit das neue Liederbuch in Druck geben. Nicht zuletzt wird sich eine Gruppe mit der aktuellen Bildungspolitik befassen. Gleichzeitig wählte der Leitungsrat einen neuen Bundesvorstand. Neu in den Leitungsrat, bestehend aus dem Bundessekretär Rafael Kandizora, Bundesvorsitzende Andrea Karl und dem Geistlichen Begleiter Christoph Holbein, wurde die Freiburgerin Carolin Moch zur Bundeskoordinatorin Süd-West gewählt. Der Abschluss der Tagung des katholischen Jugendverbandes wurde mit Jugendbischof Stefan Oster gefeiert.

Keine Schlachtung am Zweiten Advent

Cloppenburg. Gegen die Sonntagsarbeit am 2. Advent im Schlachthof Vion und Wermke GmbH in Westeremstek hat sich der KAB-Landesverband Oldenburg gemeinsam mit dem DGB, der NGG, Kolping, CDA und die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD sowie der kfd ausgesprochen. Das Bündnis hatte zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Niedersachsens SPD-Sozialministerin Carola Reimann hatte daraufhin ebenfalls eine Absage für die Schlachtungen am 2. Advent erteilt. Dem verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutz komme ebenso wie dem Arbeitnehmerschutz ein besonderes Gewicht zu, hatte das Ministerium erklärt. „Wir sind gegen die Schlachtungen am 2. Weihnachtsfeiertag und werden für das nächste Landtagsplenum eine Anfrage stellen“, hatte der Grünen-Politiker und Ex-Agrarminister Christian Meyer erklärt. Die beiden Schlachthöfe verzichteten nach den Protesten auf die Sonntagsarbeit im Advent.

KAB-Brillenschlange

Dortmund. Beim diesjährigen Christkindlmarkt der Gemeinde St. Clemens im Dortmunder Osten warb die örtliche KAB mit dem Deutschen Katholischen Blindenwerk um Brillenspenden. Inzwischen hat die KAB St. Clemens 25.190 Brillengestelle gesammelt. Das ergibt eine Länge von über 3,59 Kilometer. Mit dem Erfolg könnte die Sammlung als „längste Brillenschlange der Welt“ ins Guinness-Buch der Rekorde eingehen. Dennoch soll weiter gesammelt werden, um Menschen in ärmeren Ländern mit Sehhilfen Chancen auf Bildung und Teilhabe zu ermöglichen.

KAB-Abschied von „Sepp“ Hofmeister

München/Weiden. Mit einer Dankesrede im Trauergottesdienst würdigte der ehemalige Präses der KAB-Süddeutschlands, Konrad Seidl die Leistungen seines ehemaligen Kollegen Josef Hofmeister. Der frühere Verbandssekretär der KAB-Süddeutschlands und ehemalige Diözesanvorsitzende der KAB im Bistum Regensburg starb am Heiligabend in Weiden. Die Trauerfeier hielt der Regensburger Weihbischof Richard Pappenberger gemeinsam mit Konrad Seidl und Dr. Roland Batz. Der am 4. Februar 1928 in eine Bergarbeiterfamilie geborene „Sepp“ Hofmeister war 35 Jahre im Dienst der KAB. In seiner Zeit als Sekretär hatte er sich für die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente eingesetzt. Die KAB Deutschlands trauert mit den Angehörigen um einen wichtigen Kämpfer und Mitstreiter in der sozialen Frage.



Foto: dpa

Anklicken: KAB hat neuen Internet-Auftritt

Mit einer besseren Übersicht und Lesbarkeit präsentiert sich der neue Internet-Auftritt der KAB Deutschlands und der vernetzten KAB-Diözesanverbände.

- Bundesweiter Veranstaltungskalender
- Aktuelle Nachrichten
- Umfangreiche Materialien und downloads
- Spannende Video-Interviews im KAB-Videokanal und vereinfachter Zugang zu facebook und twitter

www.kab.de

Weltnotwerk klärt Fluchtursachen auf

Erschütternde Berichte überMittelmeerflucht / Frauen brauchen sichere Fluchtwege / Landflucht in Peru

„Warum gehen Sie?“ – „Warum kommen Sie?“ Diese Fragen begleiteten die erste Fachtagung des Weltnotwerks der KAB. Auf der Tagung im Frankfurter DGB-Haus informierten sich KAB-Mitglieder und Interessierte aus dem Bereich internationale Zusammenarbeit über die unterschiedlichsten Beweggründe, die Menschen auf dem gesamten Erdball dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

So konnte der Journalist und Buchautor Wolfgang Bauer aus eigenen Erfahrungen die Antwort geben. „Aufgrund der dramatischen Entwicklungen in den Ländern sind die Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen, ihre Wurzeln zu kappen, das gewohnte Essen und Klima aufzugeben und nicht zuletzt ihre Identität, die sie als Vater, Sohn oder Ehefrau haben, in einem anderen fremden Land neu zu begründen.“

Bauer, der sich, getarnt als afghanischer Lehrer, selbst von Schleppern auf ein Flüchtlingsboot mit weiteren 60 Flüchtlingen von Ägypten aus über das Mittelmeer aufmachte, schilderte auf der Weltnotwerk-Tagung eindringlich die Situation der Menschen und gibt ihnen in seinen Reportagen ein Gesicht, ein direkt nachvollziehbares Schicksal. In Syrien begleitete er die Demonstrationen bis das Assad-Regime immer brutaler gegen die Menschen vorgeht, in Afghanistan erlebte er, wie gut gemeinte Aufbauhilfe der EU und der Bundesregierung sich ins Gegenteil verkehren. Neue Straßen Begehrlichkeiten und Feindschaften zwischen den verschiedenen Volksstämmen und Interessen entstehen lassen.

Und in Nordafrika musste er erleben, wie arabische Milizen mit EU-Geldern die Grenzsicherung betreiben, um Flüchtlinge von der Flucht nach Europa abzuhalten. „Gelder gehen oft an Konfliktparteien in den Län-



Die Fluchtgründe sind oft unterschiedlich. Hier fliehen aktuell moslemische Rohingya aus Myanmar

Foto: dpa

dern und schaffen neue Konflikte“, so Bauer. Er sieht bessere Chancen für Frieden und Aufbau in den jeweili-



Buchautor Wolfgang Bauer. Foto: Rabbe

gen Ländern, wenn Helfer Sprache und Kultur der jeweiligen Länder beherrschen und langfristig im Land arbeiten.

Laut UN-Flüchtlingsorganisation waren im vergangenen Jahr über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. „Um die Gründe zu verstehen und adäquate Hilfe zu geben, müssen wir als Partnerbewegungen mehr erfahren über Ursachen und Hintergründe der Fliehenden in den Ländern“, erklärt Ulla Heinemann vom Weltnotwerk-Vorstand.

„Warum gehst Du?“, war auch die Frage in den anderen Workshops der Fachtagung. So berichtete Südwind-Mitarbeiterin Sabine Ferenschild über Fluchtursachen aus der Perspektive von Frauen. „Die Hälfte der Flüchtlinge sind Frauen mit ihren Familien, allein oder mit Kindern. Daher ist es wichtig, sichere Fluchtwege zu ermöglichen und eine Integration zu er-

möglichen, die speziell auf ihre Situation abgestimmt ist“.

Bischof Reinhold Nann aus Peru beschreibt, welche Konsequenzen die Landflucht für Städte, Gemeinden und nicht zuletzt für die jungen Menschen selbst haben. Ihre Hoffnungslosigkeit, mit ihrer Subsistenzwirtschaft Geld zu verdienen und faire Arbeit auf dem Land zu bekommen, zwingt sie, in die Städte abzuwandern. Dort an die Ränder gedrückt, erfüllen sich nicht die Hoffnung auf Arbeit und Wohlstand. „Banden, Gewalt und Kriminalität entstehen. Bis geordnete Gemeinwesen entstehen, ist es oft ein langer und beschwerlicher Weg“, erklärt Bischof Nann, der selbst in den Vorstädten gelebt hat. Nicht zuletzt sind es auch fehlende Gesundheitssysteme, die zu menschenunwürdigen Lebensbedingungen führen und Menschen zur Flucht veranlassen.

WBCA: Aktuelle INFOR ist da

Die aktuelle Ausgabe von INFOR der Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer*innen-Bewegungen (WBCA) steht für Interessierte auch in deutscher Übersetzung zum downloaden bereit. Der aktuelle Newsletter der WBCA befasst sich intensiv mit den Ergebnissen des Welttreffens im spanischen Avila. Aber auch Anregungen zum interreligiösen Handeln greift die INFOR-Ausgabe auf. So berichten katholische Arbeitnehmerinnen aus Frankreich über einen Streik von illegalen moslemischen Arbeitern in der Stadt Creil, den die ACO, die katholische Arbeiteraktion Frankreichs, unterstützte. Mit den Reflexionen möchte die WBCA Christen ermutigen, sich stärker mit dem Aspekt des Zusammenlebens mit muslimischen Gläubigen auseinanderzusetzen. Darüber hinaus finden sich viele Berichte aus den verschiedensten Ländern und Kontinenten über die jeweiligen Herausforderungen der christlichen Arbeiterbewegungen.

INFOR-Ausgabe unter: <http://mmte-infor.com/de/publicaciones-3/revista-infor>

Nikolausmarkt für Weltnotwerk

Seit zehn Jahren organisiert die KAB St. Marien in Köln-Nippes den traditionellen Nikolausmarkt. Der Erlös kommt regelmäßig dem Weltnotwerk der KAB und ihren Partnerprojekten zugute. Selbstgemachtes und Eingemachtes finden in der Adventszeit reichlich Abnehmer. „Allein in diesem Jahr haben wir 600 Gläser Marmelade verkauft“, erzählt Vereinsvorsitzende Rosemarie Schwarzer. So konnte der 40 Mitglieder starke KAB-Ver- ein, von denen etwa 30 sich aktiv am Vereinsleben beteiligen, 3000 Euro erwirtschaften.

„Einfach machen – damit wir alle ‚das‘ schaffen!“

Kettelerpreis an Düsseldorfer Flüchtlingshilfe Angermund / Lea Ackermann: Flüchtlingen müssen ihre Rechte zugestanden werden



Dieter Wagner, Vorsitzender des Stiftungskuratoriums ZASS.

„Hatte sich Bischof Ketteler in seiner Zeit für die sozialen Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter eingesetzt, so stehen wir heute vor der Herausforderung, Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren und darauf zu achten, dass ihnen ihre Rechte zugestanden werden“, betonte die Ordensfrau Dr. Lea Ackermann in ihrer Laudatio zum Kettelerpreis. Der ging an die Flüchtlingshilfe Angermund in Düsseldorf. Diakonie und Caritas, die im Düsseldorfer Stadtbezirk 5 drei Einrichtungen betreuen, versuchen gemeinsam mit vielfältigen Integrationsmaßnahmen und Angebo-

ten den 200 nach Deutschland geflohenen Menschen ein Stück Heimat zu ermöglichen. Im ökumenisch organisierten Stadtteilprojekt werden die Hilfsangebote von sieben Teams organisiert. So werden Sachspenden deponiert und Willkommenspakete verteilt. Mit dem TV Angermund wird Sport, Spiel und Spaß angeboten. Jugendliche sind bereits in die entsprechenden Mannschaften aufgenommen worden. Der Stoff aus den städtischen Sprachkursen wird vertieft und für Schüler und Schülerinnen Nachhilfe und betreute Hausaufgaben angeboten. Aber auch Ausflüge,



Donia Touglo begleitete musikalisch die Kettelerpreis-Verleihung.

Konzert- und Ausstellungsbesuche werden organisiert und zum Musik machen, Theater spielen und gemeinsamen Essen motiviert. Das Café Welcome schafft wichtige Begegnungsmöglichkeiten von den Neu-Angermundern mit den Alt-Angermundern und unterstützt bei der Wohnungs- und Jobsuche. Nicht zuletzt wurde ein Frauentreff ins Leben gerufen. Insgesamt engagieren sich bei der Integration von 200 Geflüchteten 100 Ehrenamtliche.

„In einer Gesellschaft, die Gefahr läuft, nur einen einzigen Wert zu kennen – Geld!, wird alles vermarktet: Frauen, Kinder und Organe“, beklagte Ackermann. Die vier Projekte des diesjährigen Kettelerpreises zeigten, dass Mitmenschlichkeit Zeit benötige, damit eine Integration auf Augenhöhe stattfinden kann. Ackermann, die die erste Kettelerpreis-Trägerin war, machte auch deutlich, dass „wir nicht ganz unschuldig sind“ an der Flüchtlingssituation. „Der Abbau von Rohstoffen, der Anbau von Monokulturen und Kriege in den betroffenen Ländern führen zu Hunger, Armut, Tod und Flucht.“

Zur Preisverleihung im Kölner Völkerkundemuseum waren Vertreter und betroffene Flüchtlinge aus Tübingen, dem Saarland, Berlin und Düsseldorf angereist. Alle eingereichten Projekte und Initiativen sind geprägt von he-



Die Preisträger: die ökumenische Flüchtlingshilfe Angermund aus Düsseldorf.

Fotos: Matthias Rabbe

rausragendem Engagement und die Auszeichnung steht beispielhaft für alle, die sich unermüdlich und mutig für eine welt- und menschenzugewandte Gesellschaft stark machen“, erklärte der Vorsitzende des ZASS Stiftungskuratoriums, Dieter Wagner. Neben der Flüchtlingshilfe Angermund waren noch das Berliner CAJ-Projekt „Viele Sprachen – eine Stimme“, das Tübinger Studenten-Ensemble „Grenzenlos“ und die Initiative „Grenzenlos Miteinander“ aus Rehlingen-Siersburg, die neben betreuten Sprachkursen für Frauen auch viele Freizeitaktivitäten

mit syrischen und kurdischen Familien aus mehreren Dörfern organisiert. „Das Engagement der KAB-Stiftung für ein solidarisches Miteinander und eine integrationsoffene Gesellschaft ist beispielhaft. Genauso wie das heute ausgezeichnete Projekt. Engagierte Menschen, die nicht jammern, klagen, kritisieren – oder gar beschimpfen und verunglimpfen. Sondern die ehrenamtlich „das“ einfach machen, und uns Vorbild sind, damit wir alle „das“ schaffen!“, erklärte Kölns Erzbischof Kardinal Woelki in einer Grußbotschaft.



Das Krebsgeschwür in der Marktwirtschaft

Unwürdige Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie / DGB: Kontrollen brauchen die Betriebe nur selten zu fürchten

Hinschauen können wir! Hinschauen müssen wir, meint Prälat Peter Kossen, denn in unserer sozialen Marktwirtschaft breiten sich über den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit Lohndumping und Ausbeutung in verschiedenen Bereichen aus.

Ungeachtet bestehender Gesetze wird fast ständig bis zu 16 Stunden gearbeitet, Überstunden nicht bezahlt, Mindestlöhne vorenthalten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter psychischen Druck gesetzt. Prälat Kossen kämpft seit Jahren für die Arbeits- und Menschenrechte der nicht sichtbaren Leiharbeiter in der Fleischindustrie. Was Menschenrechtsorganisationen in asiatischen und lateinamerikanischen Fabriken beklagen und anprangern, findet seit Jahren vor den Augen staatlicher Kontrollen statt. „Wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was ich eben gehört habe, muss man sich schämen!“, erklärte Sigmar Gabriel 2015 bei einem Besuch in Südoldenburg in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler. Da müssen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in überfüllten und schimmeligen Zimmern hausen, deren Nutzungsmiete vom Arbeitgeber, einem Subunternehmer in der Fleischindustrie, vom Lohn abgezogen wird. Da fleht eine Rumänin, die sich bei einem Arbeitsunfall mit dem Schlachtmesser in der Innenhand verletzt hat, den Arzt an, sie nicht krankzuschreiben. Ihr droht sonst die sofortige Entlassung. Und da ist eine junge Rumänin, die vor Angst ihr neugeborenes Kind auf einem Parkplatz im ostwestfälischen Rheda-Wiedenbrück aussetzt, damit sie nicht ihre Arbeit verliert. Sie hat zuvor eineinhalb Jahre beim größ-



Nicht nur die Arbeit ist oft unwürdig, auch Tiere werden wegen fehlendem Fachpersonal gequält. Foto: Soko Tierschutz

ten europäischen Fleischfabrikanten Clemens Tönnies Fleisch verpackt. Natürlich ist der Präsident des FC Schalke 04 nicht schuldig. Schließlich hat ein Jahr zuvor der größte Arbeitgeber und größte Unternehmer in dem ostwestfälischen Städtchen die öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Verbesserung der Wohn- und Beschäftigungsbedingungen der osteuropäischen Werkvertragsarbeiter in Rheda-Wiedenbrück mit 125.000 Euro ins Leben gerufen. Die Mutter von zwei großen Kindern war auch nicht bei Tönnies angestellt. Sie hatte einen Werkvertrag bei der MGM Handels- und Vermittlungs-GmbH in Rheda und verdiente demnach bei dem Subunternehmen von Tönnies 820 bis 1050 Euro im Monat. Etwa 200 Euro wurden ihr für ein Zimmer

abgezogen, das sie sich mit weiteren Arbeiterinnen teilen musste. Ihre Schwangerschaft vertuschte sie aus Angst vor dem Job-Verlust.

LEIHARBEITER/-INNEN MACHEN SCHLACHTHOFBETREIBER REICH

Das Leiharbeiter-System durch Subunternehmen haben die westfälischen und niedersächsischen Fleischbarone reich werden lassen, verantwortlich für die Beschäftigten im Unternehmen sind sie rechtlich gesehen oft nicht. „Kontrollen müssen die Schlachthöfe nicht fürchten“, meint DGB-Fachreferent Szabolcs Sepsi, „denn bis sich Kontrolleure angemeldet haben, im Unternehmen sind und sich umgezogen haben, laufen die Bänder langsamer oder werden ganz gestoppt, die

Mitarbeiter im Werk versteckt und die Tötungen der Tiere erfolgen in dem Zeitraum vorschriftsmäßig.“ Aufdecken kann nur, wer sich undercover als Schlachtleiter in einen Betrieb einschleust, um „Schweineereien“ aufzudecken. Dies gelang dem Ex-Fleischer Philipp Hörmann von der „Soko Tierschutz“, der sich jüngst in den Dürener Schlachthof Frenken einschleuste und die Zustände filmte. Das Unternehmen, das für McDonalds arbeitete, hatte die gesetzlichen Vorgaben für die Tötung von Tieren missachtet, Tiere wurden gequält. „In einer grausamen Regelmäßigkeit wurden Tiere nicht richtig betäubt. Das ist nicht nur ethisch unververtretbar, sondern auch verboten“, erzählte Hörmann „Report München“. Die Tiere wurden unter Höllenqualen lebend in die Ab-

brühanlage geleitet. Der Tierschützer stellte Strafanzeige gegen den Betreiber und das Veterinäramt, das seine Aufgaben nicht erfüllte. Denn beim Töten muss ein Amtstierarzt anwesend sein. Das Kreisveterinäramt in Düren zeigt sich überrascht. „Der Betrieb ist uns als nicht schlechter Betrieb bekannt“, erklärte Amtsleiterin Mounira Bishara-Risk. Die verantwortliche Firma Frenken verweist wie Tönnies auf den Subunternehmer und die Prüfung ohne Beanstandung durch die Behörden.

CARITAS-BERATUNG

In Herzebrock-Clarholz bei Gütersloh ist 2016 extra ein Caritas-Beratungsangebot für Familien von Werkvertragsarbeitern in der heimischen Fleischindustrie eingerichtet worden. Mittlerweile hat die Caritas weit mehr als 500 Werkvertragsarbeiter und deren Angehörige betreut. DGB-Projektkoordinator Szabolcs Sepsi berichtet, dass bei Maschinenpausen die Arbeiter keinen Lohn erhalten, manche nicht wussten, ob und wo sie krankenversichert seien, da Subunternehmer Briefe der Krankenkassen an ihre Adresse und nicht an die der Arbeitnehmer senden ließen. „Je mehr ich in den letzten Jahren mit der Ausbeutung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten konfrontiert war, um so erschrockener war ich über das Ausmaß und die Skrupellosigkeit“, berichtet Kossen auf der Fachtagung von KAB und Adveniat Anfang Dezember. Jeder Einzelne kann etwas tun, meint Kossen. Migranten aus der Isolation holen, sie über alle Sprachbarrieren hinweg ansprechen, Kontakte zu polnischen Pflegekräften aufnehmen, Betriebe aufsuchen und die Politik immer wieder ermahnen.

Überraschungsgäste in der Thomas-Nacht

Etwas ungläubig schaute KAB-Vorsitzender Otto Krinninger von der KAB Haag schon aus der Wäsche, als am Sonnenwende-Fest, der Nacht des ungläubigen Apostel Thomas, zu seiner Überraschung gleich die Feuerwehren aus zwei Orten zum Dorffest der KAB in Innerhartsberg nordöstlich von Passau anrückten. Die beiden Florians-Abordnungen aus Windpassing-Haag und Oberdiendorf wollten das Feuer der Sonnenwendfeier löschen. Das einige Feuerwehrleute der Wehren selbst mitfeierten, tat dem ausgelösten Feueralarm keinen Abbruch. Von der lodernnden Flamme aufgeschreckte Bürger hatten die Feuerwehr alarmiert; und die rückten ordnungsgemäß mit Löschzügen an. Obwohl KAB-Ortschef Otto Krinninger die Sonnenwendfeier – egal ob im Sommer oder wie jetzt im Winter – bei der Stadtverwaltung anmeldet, kommt es immer wieder vor, dass Unwissende die Feuerwehr alarmieren. Dass aber gleich zwei Wehren anrückten, war auch für die KAB Haag eine neue Erfahrung und sorgte in den Gemeinden über die Weihnachtszeit für lustigen Gesprächsstoff. Der heilige Thomas wird im römischen Generalkalender im Hochsommer am 3. Juli gefeiert. Bis in die 1970er Jahre war das Fest des Heiligen Thomas zudem in der römisch-katholischen Kirche ein besonderer Tag. In vielen Gegenden wie Thüringen wird die längste Nacht des Jahres auch als „Durchsitznacht“ gefeiert, denn ab dem 21. Dezember werden endlich die Tage wieder länger.

Winterspaß im Rahrachtal

Mehr Infos unter:
Josef-Gockeln-Haus
Josef-Gockeln-Straße 23,
57399 Kirchhundem-Rahrbach
Telefon: 027 64 / 69-0,
www.josef-gockeln-haus.de

Arbeitsrecht der Kirchen

Zeitschrift für die Praxis der Mitarbeitervertretung in den Einrichtungen der katholischen und evangelischen Kirche

Seit mehr als 25 Jahren im Dienste der Mitarbeitervertretungen informiert die „ZMV“ mit Basis- und Spezialwissen zu

- Staatliches und kirchliches Arbeitsrecht,
- Mitarbeitervertretungsrecht MAVO und MVG.EKD,
- Steuer-, Sozial-, Sozialversicherungs-, Europarecht,
- Arbeits- und Gesundheitsschutz,
- Staatliche und kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit.

Plus: Beispiele aus der Praxis mit Lösungen, Leseranfragen und Tipps zur arbeitsrechtlichen Praxis.

„Die „ZMV“ ist fester Bestandteil unserer Arbeit. Neben der Printversion nutzen wir insbesondere die Möglichkeiten der digitalen Version.“
Sebastian Böning, Vorsitzender MAV, Kath. Krankenhaus „St. Johann Nepomuk“, Erfurt

Abonnement Print inkl. DVD Volltextarchiv mit mit Rechtssprechungsdatenbank kath. und evang. als regelm. Beilage in Heft 1 des Jg., ISSN 0939-8198 € 89,80

Abonnement Digital inkl. Archiv und Suchfunktion (Einzelplatz), ISSN 2363-7595 € 89,80

Abonnement Digital zusätzl. zum bestehenden Abonnement Print € 20,-*

Kombi-Abonnement Print + Digital € 109,80

* gilt nicht für Universitäten, Bibliotheken, Gerichte

Bestelladresse: KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen, Tel: 09972/9414-51, Fax: 09972/9414-55, kontakt@ketteler-verlag.de

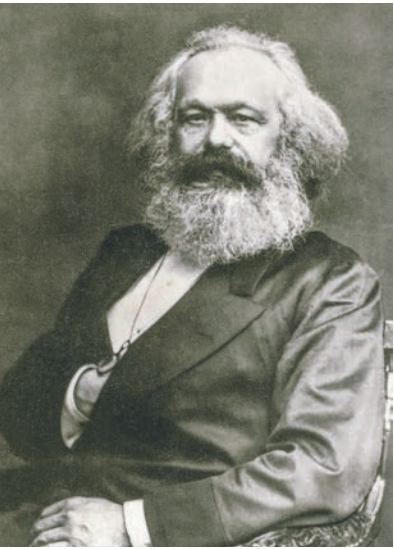
www.ketteler-verlag.de
www.zmv-online.de

Danke für Ihr Vertrauen und Ihre zahlreichen Spenden!

Spendenkonto:
Pax Bank
IBAN: DE80 3706 0193
0016 1510 25
BIC: GENODE1PAX



Das Kapital. Vom Ladenhüter zum Bestseller



200 Jahre Karl Marx in diesem Jahr.

Dass „Das Kapital“ von Karl Marx ein weltweiter Renner werden würde, stand seinerzeit nicht auf dem Klap-pentext. Im Gegenteil, in den ersten Jahren war das Werk ein echter Ladenhüter. Ganze vier Jahre brauchte der Hamburger Verlag Otto Meissner bis die ersten tausend Exemplare des 1867 erschienenen Werkes „Kritik der politischen Ökonomie“, dem ersten Band des „Das Kapital“, verkauft worden waren. Doch aus dem Ladenhüter der Hansestadt Hamburg entwickelte sich

eines der auflagenstärksten Bücher der Welt und – neben der Bibel – sicherlich zu einem der einflussreichsten und gleichzeitig umstrittensten Bücher der Weltgeschichte. Für das Hamburger Museum der Arbeit war das 150-jährige Jubiläum der Erstausgabe und auch der 200. Geburtstag des Trierer Ökonomen, Philosophen und Gesellschaftstheoretikers Anlass, in diesem Jahr dem „Kapital“ eine spannende, abwechslungsreiche und kontroverse Ausstellung zu widmen. Die Ausstellung „Das Kapital“, die noch bis zum 4. März im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) in Hamburg zu sehen ist, spannt einen Bogen von der Zeit der Entstehung des Werks im 19. Jahrhundert über die widersprüchliche Rezeption im 20. Jahrhundert bis zu heutigen Fragen der Produktion und Verteilung von Reichtum und Armut. Ziel der Ausstellung ist es, zum Nachdenken über Aktualität und Grenzen dieses umkämpften Klassikers anzuregen – und zwar weder dogmatisch noch akademisch, sondern assoziativ und partizipativ. Karl Marx kam es darauf an, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Deshalb fragt die Hamburger Ausstellung auch danach, in welcher Gesellschaft wir heute und morgen leben wollen. Führt der Kapi-

talismus zu Freiheit und Wohlstand oder zu Unterdrückung, Ausbeutung und Krise? Wieso werden die Mechanismen des aktuellen Wirtschaftssystems so unterschiedlich bewertet? Und sind Alternativen wünschenswert und möglich? Die Ausstellung gibt der Diskussion solcher und ähnlicher Fragen breiten Raum und bindet die Meinungen und Positionen von Besuchern direkt ein. www.museum-der-arbeit.de



„Das Kapital“ von 1867.

Soziallehre ist das bestgehütetste Geheimnis der katholischen Kirche

„Was tun? – Katholische Soziallehre als „normativer Kompass“ im Gestrüpp von Fakten und alternativen Fakten“ lautet ein kritischer Beitrag des Sozialethikers Jörg Alt. KAB-Impuls fragte nach.

Impuls: Herr Alt, inwiefern kann die katholische Kirche heute noch Wahrheiten liefern angesichts von „alternativen Fakten“?
P. Dr. Jörg Alt SJ: Es sind weniger die Fakten das Problem, als ihre Interpretation – zu jeder Theorie findet sich die passende Statistik. Das sieht man am Beharren des Neoliberalismus trotz Krisen oder der Fremdenfeindlichkeit in Gegenden, wo kaum Flüchtlinge leben. Die katholische Soziallehre sollte der gesellschaftspolitische Referenzrahmen sein, mit dessen Hilfe über eine Milliarde Katholiken die Fakten in der Welt beurteilen und entsprechende Handlungsstrategien entwickeln!

Impuls: Bietet die katholische Soziallehre heute noch eine Orientierung für soziale und wirtschaftliche Entscheidungen?
Dr. Jörg Alt: Afrikaner sagen: „Die Soziallehre ist das bestgehütete Geheimnis“ der Kirche. Bislang wurde die Kirche eher mit moralischen Fragen wahrgenommen, gute Sozialenzykliken waren eine Sache für Insider. Papst Franziskus hat die soziale Lehre der Kirche plötzlich populär gemacht. Zu Recht: Sie kann uns Instrumente in die Hand geben, aktuelle Weltkrisen wie die des Arbeitsmarkts vor der Digitalisierung, wachsende Ungleichheit oder Klimawandel zu analysieren und anzugehen. Diese Popularität gilt es in Politik umzusetzen.

Impuls: Wie lassen sich die Prinzipien der katholischen Soziallehre in einer so unterschiedlichen Kirchen wie der deutschen, der polnischen oder der afrikanischen Kirche zu einem gemeinsamen Kompass entwickeln?
Dr. Jörg Alt: Einige Dinge sind eindeutig: Kapital und Märkte sollen dienen, nicht herrschen, Sozialpartner-



Foto: Steffen Windirschall

Wir werden nie die „gerechte Welt-gesellschaft“ erreichen, meint der Sozialethiker Jörg Alt.

schaft zwischen Kapital und Arbeit beinhaltet Augenhöhe, die Option für die Armen ruft nach einer Pro-Poor-Politik, es ist kaum von Shareholder Value (Aktienwert) oder Wettbewerb, wohl aber von Kooperation und Gemeininn die Rede. Wie man solche Gebote in einen konkreten gesellschaftspolitisch-rechtlich-kulturellen Kontext umsetzt, wird natürlich variieren.

Impuls: Die Prinzipien Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit werden gern als Richtschnur einer sozialen Marktwirtschaft gesehen. Inwiefern steckt hinter ihnen die Forderung nach einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist?
Dr. Jörg Alt: Es ging noch nie so vielen Menschen so gut wie zu Zeiten der sozialen Marktwirtschaft. Und: Man sollte den Neoliberalismus begraben, denn der rationale Homo Oeconomicus, auf den er setzt, ist unter den realen Menschen eine Minderheit und die Schäden und Risiken des aktuellen Paradigmas (Denkweise) sind mehr als deutlich. Entsprechend wichtig ist, dass demokratisch beschlossene Regeln wieder für alle gelten und durchgesetzt werden können. Natürlich soll

alle Wirtschaft dem Gemeinwohl der Vielen eher verpflichtet sein als den Interessen der Reichen. Dabei ist Gemeinwohl mehr als die Summe von Einzelwohl, sondern ein Gesamtkontext, der jedem Menschen jetzt und künftig hilft, sein Potenzial, seinen eigenen Beitrag bestmöglich entwickeln zu können.

Impuls: Reichen die Prinzipien der Soziallehre aus, um die Fragen des globalen Marktes, der ungleichen Verteilung von Gütern und Macht auf der Welt ausreichend zu beantworten?
Dr. Jörg Alt: Wir werden nie „die gerechte Weltgesellschaft“ schaffen können. Wohl aber können wir sie weniger ungerecht machen. Die Implikationen und Inspirationen der katholischen Soziallehre für Kirchenleitungen und Kirchenvolk sowie alle Menschen guten Willens müssen aber bekannter gemacht werden, als sie es aktuell sind.

Impuls: Die Probleme sind heute globaler Natur. Kann „Laudato si“ eine Wirkung außerhalb der Kirche in der globalen Gesellschaft, der Wirtschaft und Wissenschaft erreichen?
Dr. Jörg Alt: Ich frage mich zunehmend, ob man das neoliberale Narrativ und seine Macht noch reformieren kann. Die Art und Weise, wie Big Money sich gegen eine Mini-Finanztransaktionssteuer wehrt, zeigt, wie mächtig die Mächtigen sind, Offshore Leaks und Paradise Paper zeigen, wie korrupt und unregierbar unser System geworden ist usw. Entsprechend scheint mir vielversprechender, angesichts des nächsten Crashes, auf den wir zusteuern, an Alternativen zu arbeiten. Hier hat die katholische Soziallehre viele Schnittmengen zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen für Menschenrechte, Ökologie, oder Gerechtigkeit, mit denen man kooperieren kann. Wir sind nicht allein mit unserer Sorge für „unser gemeinsames Haus“!
(Der Aufsatz „Was tun?“ ist unter unter www.kab.de zu finden)



Verbände: Kirche im Volk

Der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck sieht den Wandel der katholischen Kirche von der Volkskirche zur Kirche im Volk. Und der Sozialform der Verbände wie KAB, Kolping oder kfd misst das katholische Oberhaupt im schrumpfenden Ruhrbistum wenig Bedeutung in Zukunft zu. Für den Buchautor und Verband geprägten Kolpingbruder Heinrich Wullhorst Anlass genug, sich auf die Spuren des sogenannten Verbandskatholizismus zu machen. Der ehemalige Pressesprecher des Kolpingwerkes Deutschland befragt kompetente Verbandsfunktionäre zu den Schwierigkeiten, heutzutage (katholische) Christinnen und Christen in Vereinen und Verbänden zu binden. Ein Problem, das auch politische Parteien und Gewerkschaften teilen. Im Zeitalter der Individualisierung und der Digitalisierung lassen sich immer weniger Menschen finden, die als Vereinsvorsitzender Verantwortung übernehmen und gleichzeitig wird immer undeutlicher, welche Zielgruppen angesprochen werden müssen oder

können, angesichts von Kirchenaus-treten und der zunehmenden Zahl von Konfessionslosen. Dabei stellt sich die Frage, ob es Aufgabe der Verbände ist, kirchliche Themen in die Gesellschaft oder umgekehrt gesellschaftliche Themen und Fragestellungen in der katholischen Kirche zu positionieren. Wullhorst sieht dennoch Hoffnung und gute Chancen, dass sich die Verbände in der deutschen Gesellschaft nicht als Kerzenstummel, sondern als Leuchtturm beweisen können. Es reiche nicht, seitens der Kirche nur auf Projekte und Initiativen zu bauen, es bedarf auch der langfristigen Verlässlichkeit, meint das Essener Diözesanratsmitglied Dirk Tänzler. Wullhorst hat fast das ganze katholische Verbändewesen befragt und kommt zu dem Fazit: „Die Verbände haben dieser Welt etwas zu sagen, sie müssen es nur profiliert und hörbar tun.“

Leuchtturm oder Kerzenstummel? – Die katholischen Verbände in Deutschland, Bonifatius-Verlag, Paderborn 2017, 14,90 Euro



Kaufen macht so viel Spaß

Im Zeitalter des „Internet der Dinge“, wo alles jetzt und sofort erreichbar und konsumierbar ist, kann der Versuch des britischen Geschichtswissenschaftlers Frank Trentmann helfen, die grundsätzliche Frage zu stellen: Warum konsumieren wir (ständig)? Der Alltagsforscher geht in seiner Beschreibung des Konsums vom heutigen Überfluss aus. Jeder Deutsche nennt im Durchschnitt zehntausend Dinge sein Eigentum. Warum? Konsum geht weit darüber hinaus, was der Mensch wirklich benötigt. Trentmann entwickelt in die „Herrschaft der Dinge“ die Geschichte einer Herrschaft des Konsums über den Menschen. Sie begann mit der Renaissance, der Globalisierung des Warenverkehrs aus China und Indien nach Europa. „Der globale Austausch hatte tiefgreifende Auswirkungen auf das Alltagsleben. Eine einzige Pflanze

konnte transformatorische Prozesse auslösen. Ob Süßkartoffel oder Seidenraupe. Die Reisbauern wechselten vom Selbst- und Lokalversorger zum globalen Mitspieler und brachten sich in Abhängigkeit vom Weltmarkt. Längst sind Unternehmen und der soziale Status, der sich immer stärker durch den Besitz von Dingen definiert, zur treibenden Kraft des immer mehr Habenwollens geworden. „Unser Lebensstil und seine sozialen und ökologischen Folgen“, so Trentmann, „sollten nicht länger dem Geschmack und der Kaufkraft des Einzelnen überlassen werden, sondern Gegenstand ernsthafter Diskussionen von Öffentlichkeit und Politik werden.“
Herrschaft der Dinge – Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute, Frank Trentmann, DVA, München 2017, 1104 Seiten, 40 Euro



Das ist kein Mann wert

„Die Frau muss ökonomisch unabhängig sein, um es körperlich und geistig zu sein, damit sie nicht mehr von dem Wohlwollen des anderen Geschlechts abhängig ist“. Die Analyse des SPD-Gründers August Bebel ist für die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt aktueller denn je. Frauen sind immer noch die Verlierer in unserer Erwerbstätigengesellschaft. Trotz einer geistigen und körperlichen Unabhängigkeit sind sie oftmals ökonomisch von dem (Ehe-)Mann abhängig. Dies macht die Autorin und Frauenfinanzberaterin Helma Sick in dem Buch „Ein Mann ist keine Altersvorsorge“ in vielen Beispielen deutlich. Viele, die sich von ihrem Mann unabhängig machen, mussten erleben, dass sie im Rentenalter auf Almosen von Vater Staat angewiesen sind, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben, sich um die Kinder, Haus und Eltern gekümmert haben. Der Lohn für ihre Le-

bensleistung, wie man die Rente gern bezeichnet, reicht nicht hinten und nicht vorn, sondern nur für den entwürdigenden Gang zum Sozialamt. Das eine Finanzdienstleisterin sich der Altersvorsorge von Frauen annimmt, irritiert im ersten Moment. Schließlich haben sich die Riesenterrerte, Lebensversicherung und andere Produkte der privatwirtschaftlichen Vorsorge als neue Armutsfalle entpuppt. Angesichts der Zahl der Alleinerziehenden und Scheidungen wird klar, dass Frauen nur sich selbst vor Altersarmut schützen können. Das Buch rüttelt Frauen wach, ihr Berufs- und Familienleben anders – frauengerechter – zu gestalten. Nicht zuletzt auch dazu, politische und gesellschaftliche Veränderungen einzufordern.
Ein Mann ist keine Altersvorsorge, Renate Schmidt und Helma Sick, Kösel-Verlag, München 2017, 16,99 Euro



CO₂-Emission: Die Deponie der Erde ist fast voll

Klimafolgenforscher Ottmar Edenhofer setzt auf eine Bepreisung des CO₂ / Alleingänge benachteiligten Kohleregionen

Als einen „ordentlichen Schluck aus der Pulle“ bezeichnet der Klimafolgenforscher Ottmar Edenhofer den Beschluss des Pariser Klimaabkommens, ab 2017 noch 600 Gigatonnen CO₂ bis 2025 zu emittieren. „Um das 2-Grad-Ziel zu erreichen und zu halten, dürfen nur noch 800 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre eingeführt werden. Paris hat mit 600 Gigatonnen die Deponiekraft der Erde fast ausgeschöpft“, so der Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) gegenüber Impuls. Im Vorfeld der Bonner 23. UN-Klimakonferenz (COP23) forderte er einen Ausstieg aus der Kohleförderung und eine stärkere Bepreisung des CO₂-Ausstoßes.



Klimaforscher Ottmar Edenhofer

Die Bundesregierung, die sich für Deutschland vorgenommen hat, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 40 Prozent des Niveaus von 1990 zu drücken, macht nach Ansicht des Klimaforschers zu wenig. „Deutschland ist kein Vorbild. Unser Preis für die Emission von Kohlendioxid ist zu niedrig“, meint der Klimaforscher (Aktuell EEX: European Emission Allowance 7,73 Euro pro CO₂/Tonne). Mit einem höheren CO₂-Preis könne erreicht werden, dass 80 Prozent der Kohle im Boden bleibt. Ziel sei es, Kohle und Öl zu entwerten. „Ohne einen hohen Preis für Kohle werden wir es nicht schaffen, dass CO₂-freie Technologien rentabler werden, der fossile Energiehunger bestraft wird und ausreichend Einnahmen für wichtige Innovationen und Investitionen generiert werden. Bis 2020 benötigen wir einen Preis pro Tonne CO₂ zwischen 40 und 80 US-Dollar und bis 2030 eine Steigerung zwischen 50 und 100 US-Dollar. Derzeit wird jede Tonne CO₂ mit 150 US-Dollar subventioniert, da die Folgen der Luftverschmutzung nicht eingerechnet werden. Edenhofer sieht im CO₂-Preis zum einen wichtige Verteuerung von Kohle und Öl und gleichzeitig einen Anreiz für Innovationen nicht fossiler Energieträger. Auch der „Verein für eine nationale CO₂-Abgabe“ fordert einen CO₂-Preis, der die Umweltfolgekosten tatsächlich abbildet, um eine effiziente Lenkungswirkung zu entfalten. „Die CO₂-Abgabe ist die rationalste Art mit



Vor den Folgen der CO₂-Emissionen kann man nicht weglaufen.

Fotos: Rabbe

dem Klimaproblem umzugehen. Der Verein bringt diese Vernunft in die öffentliche Diskussion“, meint auch Ernst Ulrich von Weizsäcker, Co-Präsident des Club of Rome. Mit-Initiatoren ist die Gründerin der alternativen Elektrizitätswerke Schönau und „Strom-Rebellin“, Ursula Sladek. „Der Emissionshandel in der EU, so attraktiv das Modell in der Theorie ist, ist gescheitert. Man hat die Zertifikate nie in dem Maße verknappt, wie es nötig gewesen wäre, um einen CO₂-Preis zu erzielen, der Anreize zu klimafreundlichem Verhalten gibt. Deswegen schlagen wir nun eine CO₂-

Abgabe vor, die nach unseren Recherchen auch innerhalb der EU längst kein nationaler Alleingang mehr wäre“, erklärt die EWS-Gründerin. Auch Edenhofer sieht die Notwendigkeit Klima- und Energiepolitik auf europäischer Ebene voranzutreiben. Ein Alleingang würde Braunkohleregionen wie die Lausitz wirtschaftlich bestrafen, da jenseits der Grenze die Kohleförderung weiter gesteigert werden würde, meint der Klimaforscher. Auch der Verein für nationale CO₂-Abgabe denkt europaweit, doch den Verbänden und Unternehmen im Verein geht es um keine neue Steuer,

denn die CO₂-Bepreisung kann aufkommensneutral mit einer angemessenen ansteigenden Abgabe auf fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Erdgas erhoben werden. Mit den Erlösen können die EEG-Umlage, die KWKG-Umlage, die Stromsteuer sowie die Steuern auf Erdgas und Heizöl finanziert werden. Bürger und mittelständische Unternehmen zahlen damit insgesamt nicht mehr und es profitiert, wer sich klimagerecht verhält. „Ein sektorübergreifender CO₂-Preis von anfänglich 30 bis 50 Euro/Tonne organisiert nicht nur völlig marktkonform, technologieneutral und sozial austariert den Ausstieg aus der Kohle, sondern kann auch erheblich zur Entbürokratisierung des zu kompliziert gewordenen Energierechtes und der derzeitigen Fördermaßnahmen beitragen“, unterbreitete der Verein den Koalitionsparteien. Ziel der CO₂-Abgabe ist die Ausrichtung der Besteuerung der fossilen Energieträger (Mineralölprodukte, Erdgas und Kohle usw.) an ihrem Treibhausgaspotenzial statt wie bisher an ihrem Energiegehalt und eine Konkretisierung und Ausweitung einer CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr), die konform zum europäischen Emissionshandel ist. Aufbauend auf dem EU-ETS und nationalen CO₂-Bepreisungen sollte die neue Bundesregierung eine Initiative beschließen, die wirksame CO₂-Preise in allen Sektoren auf europäischer Ebene einführt.

IG Metall: Streik für mehr Lebenszeit

Sechs Prozent mehr Geld. Und eine Wahloption auf Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden. So lautet die Forderung für die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Nachdem der Vorstand der IG Metall die Beschlüsse der regionalen Tarifkommissionen bestätigt hat, sind die Gewerkschafter am 15. November letzten Jahres mit diesen Forderungen in die Verhandlungen gegangen. Seitdem fordert die Gewerkschaft für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten. Zudem will die IG Metall einen individuellen Anspruch auf Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten durchsetzen. Danach besteht der Anspruch, auf die ursprüngliche Arbeitszeit zurückzukehren. Dies soll für alle Tarifgebiete in West- und Ostdeutschland gelten.

ENTGELTZUSCHUSS FÜR FAMILIE

Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder unter 14 Jahren im Haushalt zu betreuen oder Familienangehörige zu pflegen, sollen einen fixen Zuschuss von 200 Euro pro Monat von ihrem Arbeitgeber erhalten. Beschäftigte in Schichtarbeit oder anderen gesundheitlich belastenden Arbeitszeitmodellen, die ihre Wahloption nutzen und ihre Arbeitszeit verkürzen, sollen ebenfalls einen Entgeltzuschuss erhalten. Er soll bei 750 Euro im Jahr liegen. „Damit wird auch für weniger gut Verdienende die Arbeitszeitreduzierung eine reale Option“, sagte Hofmann, der sich auf einen langen Arbeitskampf einstellt. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall will dagegen mehr flexible und längere Arbeitszeiten.

Tarifrunde 2018: IG Metall setzt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit

In der laufenden Tarifrunde fordert die IG Metall neben mehr Lohn auch kürzere Arbeitszeiten. Die Durchsetzungschancen stehen schlecht, die Arbeitgeber verweigern jede Verhandlung. Ein Blick nach Schweden zeigt: Weniger Arbeiten kann Vorteile für alle bringen – und einen Kulturwandel befördern.

Zwei Stunden später kommen oder zwei Stunden früher gehen, mehr Zeit für Kinder, Freunde oder Sport, und dabei auch noch genauso viel verdienen wie zuvor: Das klingt wie ein alter gewerkschaftlicher Traum. In den Altenheimen und Kliniken der schwedischen Stadt Göteborg wurde dieser Traum bereits 2015 Realität. Pfleger und Krankenschwestern arbeiten dort nur noch sechs Stunden pro Tag – bei vollem Lohnausgleich. Seither fühlen sie sich weniger gestresst, machen weniger Fehler und sind seltener krank. Zuvor klagten die Personalchefs über Fachkräftemangel, „nun klopfen die Leute an und wollen hier arbeiten“, freut sich Anders Hyltander, Abteilungsleiter am Sahlgrenska-Universitätskrankenhaus. Parallel wurden neue Stellen geschaffen, das Experiment verursachte also zusätzliche Kosten. Eine höhere Produktivität soll das ausgleichen. „Es geht nicht darum, schneller zu arbeiten, sondern besser organisiert zu sein“, erläutert Klinikchef Hyltander. Sein einfaches Credo: Ausgeruhte Beschäftigte leisten mehr als erschöpfte. Doch ganz so leicht geht die Rechnung nicht auf. Anfangs habe man das ambitionierte Ziel verfehlt, geben die Initiatoren zu. Eine Studie der Uni Stockholm aber macht ihnen Mut: Das innovative Zeitmodell sei zunächst teurer, bringe

langfristig jedoch allen Beteiligten Gewinn. Überall in Schweden gibt es inzwischen Versuche mit Regelarbeitszeiten unter 30 Wochenstunden.

HOFMANN: ARBEIT NEU DENKEN

Der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning hatte in den 1970er Jahren gar eine Sechs-Stunden-Woche im Blick gehabt. Und vor etwa zehn Jahren machte die IG Metall den Vorstoß für eine 30-Stunden-Woche, da die Produktivität in der Branche nach An-

beiten – etwa um Angehörige zu pflegen oder Kinder zu versorgen. Dass sie solche „privaten“ Tätigkeiten mit einem Zuschuss subventionieren sollen, liegt für viele Unternehmer jenseits ihrer Vorstellung. „Bezahlen für nicht geleistete Arbeit?“ fragt ein Firmenchef irritiert, „das geht nicht“. Die Arbeitgeberorganisationen weigern sich, dieses Thema zu verhandeln. Die IG Metall beißt mit ihrer Zeitkampagne auf Granit. Dahinter stecken auch tief sitzende kulturelle Konflikte. Viele (männliche) Betriebsleiter der alten Schule, denen ihre Ehe-

schaftslobbyisten gehen sogar noch weiter: Sie stellen die mühsam erkämpften Mindeststandards, die die Länge der betrieblichen Anwesenheit begrenzen, grundsätzlich in Frage. Sie wollen eine vollständige Freigabe – nach oben. Unter den Beschäftigten haben die Versuche, kürzere Arbeitszeiten mit vollem oder teilweise Lohnausgleich durchzusetzen, stets eine enorme Strahlkraft entfaltet. So stießen die Streiks für die 35-Stunden-Woche in den 1980er Jahren auf breite Unterstützung, weil damit der Wunsch nach einem besseren, weniger stressigen Leben verknüpft war. Auch die Senkung der Arbeitszeit im VW-Konzern ein Jahrzehnt später hatte eine kulturelle Komponente. Eigentlich nur als Instrument der „Beschäftigungssicherung“ gedacht, stellten die Automobilwerker überrascht fest, wie stark verkürzte Schichtdienste ihre Lebensqualität verbesserten. Entgegen der in Boulevardzeitungen verbreiteten Klischees, die von Schwarzarbeit und überfüllten Baumärkten berichteten, nutzten Studien zufolge gerade Väter ihren größeren zeitlichen Spielraum für mehr Präsenz in der Familie. Die IG Metall vollzieht gerade einen längst überfälligen Kurswechsel. Denn in den letzten Tarifrunden hat sie sich, trotz anders lautender Rhetorik, auf Lohnsteigerungen konzentriert. Zwar verwiesen die Funktionäre in Interviews auf den in Befragungen ermittelten Bedarf ihrer Mitglieder an flexiblen Zeitstrukturen. Doch am Ende war das Ergebnis stets ein Mehr auf dem Konto. Ob die Gewerkschaften jetzt wirklich „Arbeit neu denken“, wie IGM-Chef Jörg Hofmann formuliert, werden die Verhandlungen zeigen.

Thomas Gesterkamp



Die IG Metall wird konkret bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Foto: dpa

sicht der Gewerkschaft solche Forderungen nach mehr Zeit für die Beschäftigten und somit auch mehr Arbeitsplätze für Arbeitslose hergab. Trotz steigender Produktivität war das Anliegen ohne Erfolg. In Deutschland ist man von der Wirklichkeit solcher Utopien weit entfernt. In den derzeitigen Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie verlangen Gewerkschafter neben einer Gehaltserhöhung das Recht, für bis zu zwei Jahre höchstens 28 Stunden zu ar-

beit zu leisten. Die IG Metall fordert, dass die Arbeitgeber die häuslichen Aufgaben abnimmt, können schlicht nicht begreifen, wofür ihre Untergebenen mehr Zeit brauchen. „In Wahrheit kann man in den freien Stunden gut schwarz arbeiten“, argumentiert ein Verband der Metallindustrie. Dass vor allem die junge Generation die fest fixierte 40-Stunden-Woche als Zumutung und einengendes Korsett betrachtet, gilt in diesen Kreisen, obwohl Facharbeitermangel herrscht, als Symptom für den Verfall der bewährten deutschen Arbeitsmoral. Die Wirt-



Freiheit in der Arbeit

„Wir sollten uns nicht über unsere Leistung definieren“, meint der ehemalige Media-Markt-Gründer und studierter Philosoph Walter Gunz. Anders als das „Ich-bin-doch-nicht-blöd“-Unternehmen setzt Gründer Gunz nicht unbedingt auf bedingungslose Technik. Der von der evangelischen zur katholischen Kirche übergetretene Unternehmer hatte eine eigene Unternehmensphilosophie entwickelt, in der Vertrauen, Freiheit und Liebe eine besondere Rolle der Personalführung spielen. „Burnout ist das Ergebnis falscher Unternehmenskultur und entsteht nur dann, wenn man in der Arbeit unfrei ist“, erklärt Gunz in einem Interview. Dabei entsteht die Unfreiheit in der Arbeit dadurch, dass Mitarbeiter „verantwortlich gemacht werden für Dinge, die sie nicht mitentscheiden können“. Deshalb setzte Gunz auf eine Freiheit in der Arbeit, wo jeder im Rahmen seiner Verantwortung frei entscheiden konnte.



Walter Gunz:
Vieles in
meinem
Leben war
Fügung und
Glück

Hashtag: Ich auch

Nach zehn Jahren sieht die US-Amerikanerin Tarana Burke endlich einen Erfolg. Lange bevor die amerikanische Schauspielerin Alyssa Milano gegen die sexuellen Übergriffe in der Filmbranche mit dem Internet-Auftritt „#MeToo“ ein Zeichen setzte und weltweit das Thema, sexueller Missbrauch an Frauen und Männern am Arbeitsplatz publik machte, hatte Tarana Burke bereits den Hashtag „MeToo“ erfunden. Heute ist er zu einem Widerstandsbegriff geworden. Die ehemalige Leiterin eines Jugendcamps hatte 1996 von einem jungen Mädchen erzählt bekommen, wie sie durch den Freund ihrer Mutter missbraucht wurde. „Damals als sie mir das erzählte, hatte ich nicht die Kraft, ihr zuzuflüstern: ich auch“, erzählt Burke. Sie gründete die Jugendorganisation „Just Be Inc.“, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt. Über ihre eigenen Missbrauchserfahrungen sagt sie nur soviel: „Ich bin eine Überlebende“.



Tarana Burke:
Ich bin eine
Überlebende!

Echte Freizügigkeit

Einen mutigen Vorschlag im Sinne der Brüder und Schwestern, die geflüchtet sind, bewunderte Papst Franziskus die „Charta von Palermo“, die der Bürgermeister der sizilianischen Stadt in die Welt getragen hat. Vor mehr als zwei Jahren hatte Bürgermeister Leoluca Orlando die Kampagne für Freizügigkeit ins Leben gerufen. „Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wurde, ausgesucht“, meint Orlando und leitet daraus den Anspruch ab, dass „jeder Mensch den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen hat“. Erstmals stellte er das „Menschenrecht auf Freizügigkeit“ beim Weltparlament der Bürgermeister im norwegischen Stavanger vor. Für Orlando, dem langjährigen Anti-Mafia-Kämpfer, ist der Zuzug zahlreicher Flüchtlinge eine Bereicherung, die sich auch kulturell befruchtend auswirkt. In diesem Jahr ist Palermo Kulturhauptstadt Europas.



Leoluca Orlando: Das
System der
Aufenthalts-
genehmigungen
ist die neue
Sklaverei

Impuls-Termine 2017 (Bitte ausschneiden und aufbewahren)

Ausgabe	Anzeigen- und Redaktionsschluss	Letzter Versandtag	Erscheinungsdatum
2/2018 (März/April)	6. Februar 2018	19. März 2018	23. März 2018
3/2018 (Mai/Juni)	10. April 2018	21. Mai 2018	25. Mai 2018
4/2018 (Juli/August)	12. Juni 2018	23. Juli 2018	27. Juli 2018
5/2018 (September/Oktober)	14. August 2018	24. September 2018	28. September 2018
6/2018 (November/Dezember)	9. Oktober 2018	19. November 2018	23. November 2018



„Ich habe immer daran geglaubt,
das das Gegenteil von Liebe
nicht Hass ist,
sondern Gleichgültigkeit.
Das Gegenteil von Glaube
ist nicht Überheblichkeit,
sondern Gleichgültigkeit.
Das Gegenteil von Hoffnung
ist nicht Verzweiflung,
es ist Gleichgültigkeit.
Gleichgültigkeit ist nicht
der Anfang eines Prozesses,
es ist das Ende eines Prozesses.“
Elie Wiesel

Nine Million Bicycles

Das selbstfahrende Auto wird kommen, prophezeit die Autoindustrie und hofft auf neue Absatzmärkte. Das selbstfahrende Auto muss kommen, betont eine Politik, die sich einer wachstumsorientierten Autoindustrie verschrieben hat. Doch was ist mit dem Image des Autos. Das Auto wurde als Inbegriff persönlicher Freiheit gesehen. Fahren und der Führerschein waren für junge Menschen die Symbole für Unabhängigkeit. Mit der individuellen Freiheit des Fahrens ist es bald vorbei. Ferngesteuert durch Kameras und Straßensicherheitssysteme ist der Fahrer auf den Beifahrersitz verbannt. Kein Knöllchen mehr wegen zu schnellen Fahrens. Echte Fortbewegungsfreiheit bietet nur das Zweirad. Doch mit dieser Freiheit kommt Peking, die Stadt der sieben Millionen Fahrräder (Katie Melua), nur schwer zurecht. Immer mehr Fahrradverleihfirmen finden in Chinas Städten keine Parkmöglichkeiten. So sammeln sich die neuen Symbole der Freiheit nicht selten auf einem großen Fahrrad-Schrottberg.

